

JÜDISCHER VOLKSBOTE

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Jüdischer Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfseitige Zeitung oder deren Raum 20 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pf., auswärtige Anzeigen 50 Pf. — Anserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 290.

Montag, den 12. Dezember 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die neue Militärvorlage.

I.

Der dem Reichstage zugegangene Entwurf eines Gesetzes über die „Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres“ entscheidet den lange in der Presse gesponnenen Streit, ob die Regierung Forderungen für fünf oder nur für ein Jahr stellen wird; die Regierung hat sich für fünf Jahre entschieden, sie fordert ein sogenanntes Quinquennat. Ihr Entwurf verlangt die Erhöhung der Mannschaftszahl in den fünf folgenden Jahren um 10 875 Mann; im Jahre 1915 soll das deutsche Heer die Zahl von 515 321 „Gemeinen“, Gefreiten und Obergefreiten betragen. Im nächsten Jahre wird die Zahl der Mannschaften von 504 496 auf 507 253, die Zahl der Unteroffiziere von 85 226 auf 88 292 wachsen, und zusammen mit den Offizieren, Ärzten usw. 626 732 betragen, d. h. im allgemeinen um 5479 gewachsen sein. Die Mehrausgaben sollen im Militäretat des nächsten Jahres 8 831 921 Mk. betragen, im Pensionsfonds mehr um 1 328 888 Mk. Die einmaligen Ausgaben sollen in diesem Quinquennat 82,4 Millionen betragen.

Die Regierung glaubt sich bezeichnenderweise noch besonders entschuldigen zu müssen, daß sie „nur“ diese Forderungen aufgestellt hat. Sie erklärt, sie habe nur „den fühlbarsten und dringlichsten Bedürfnissen des Heeres Rechnung getragen“ aus Rücksicht auf die Finanzlage des Reiches. Dass sie mit diesem Vorgehen bei konservativen Politikern und Militärs keine Anerkennung finden würde, wußte sie wohl selber. Es handelt sich jetzt darum, so schrieb vor einigen Monaten Generalmajor Riem im dem konservativen Reichsvorstand, ob die verbündeten Regierungen auch beim Abschluss des Quinquennats ohne Rücksicht auf die Parteiverhältnisse im Reichstag die Festigung des Heeres, die angesichts der stets wachsenden militärischen Rüstungen Frankreichs und der im Zuge befürchteten Neorganisation des russischen Heeres unter gleichzeitiger namhafter Verstärkung desselben (um mindestens vier Armeekorps) unbedingt nötig erscheine. Und erst unlängst schrieb pathetisch der konservative Militärschriftsteller E. von Zeppelin in der „Kreuzzeitung“.

Ein preußischer Kriegsminister, der aus politischen oder finanziellen Rücksichten nicht das fordert, was er für die Sicherheit des Vaterlands für unbedingt erforderlich hält, wäre seiner Stellung unwürdig. Ein solchen Mann wird ein Kriegsherr aus dem Hause Hohenzollern wohl nie wählen, und auf einen Chef des Reichsschägantes, der dafür kein Verständnis hätte, würde dasselbe zutreffen.

Das „Schrecklichste“ ist jedoch geliehen: die Regierung hat bei der Aufstellung des Militärprogramms finanzielle und wahlpolitische Rücksichten walzen lassen und so der Gefährdung der Sicherheit Deutschlands schuldig gemacht. Die „Militärvorlage“ — schreibt die „Kreuzzeitung“ in ihrer Sonnabendnummer — welche für die Fortentwicklung unserer Wehrkraft zu Lande auf die Zeit von 1911 bis 1916 maßgebend ist, können wir also nur als unzureichend bezeichnen und ein Bedauern nicht unterdrücken, daß die Finanzlage noch immer ungünstig auf denjenigen Faktor einwirkt, auf dem unsere Machtentwicklung und unsere nationale Selbständigkeit in erster Linie beruhen.“

Die Forderungen der Militärschriftsteller im Verhältnis zu den Forderungen der Regierung zeigten zunächst, daß man ihre „sachmännischen“ Arbeiten nur mit großer Vorsicht benutzen darf. Denn entweder sind die von ihnen aufgestellten Forderungen so notwendig, wie sie behaupten — natürlich vom Standpunkt des kapitalistischen Staates der für unsere Stellungnahme nicht in Betracht kommt — dann würde die Regierung ganz unverantwortlich handeln. Da jedoch nicht anzunehmen ist, daß die Regierung das Militär, ihren verwöhnten Liebling plötzlich sternmüterlich behandeln sollte, so kann man nur feststellen, daß die Militärschriftsteller eine unverantwortliche Hege treiben.

Wie sie bei ihren Anklagen und Forderungen vorgehen, zeigt am besten ihre Berufung auf die „wachsende französische Armeekraft“ und die russische Heeres- und Marinereorganisation. Was die erste betrifft, so wies der liberale Militärschriftsteller Gödecke mehr wie einmal auf die bekannte Tatsache hin, daß dem größeren Ausbildungsprozentag der französischen Armee die größere Minderwertigkeit des Menschenmaterials, das bei Armeen eingesetzt wird, entspricht. Die französische Armee ist jedoch, was die konservativen Militärschriftsteller gern verschweigen, oder gar durch Erfüllung der Zahlungen abwenden wollen, der deutschen Armee in Zahl unter-

legen, was sich ja bei der um 25 Millionen stärkeren Bevölkerung Deutschlands nur von selbst versteht. Frankreich hat 39, Deutschland 62 Millionen Einwohner. Und die ununterbrochene Diskussion in der französischen Presse „über die Verwendung der Neger zum europäischen Kriegsdienst“ beweist besser als alles andre, wie wenig sich Frankreich militärisch dem deutschen Heere gewachsen fühlt. Was nun gar Russland anbetrifft, so brachte gerade die Bonner Presse eine solche Menge von Berichten über die Aussichtslosigkeit der Heeresreform in Russland, solange der Bauer verhungert und als Arbeitslos kein vollwertiges Kriegsmaterial darstellt, daß man wirklich eine eiserne Stirn haben muß, um sich noch auf die russische Gefahr berufen zu können. Und kein anderer wie Graf Pfeiffer, der militärische Sachverständige der Täglich Rundschau, kennzeichnete die famose russische Heeresorganisation, die mehrere neue Armeekorps idem, mit den trocknen Worten: die Neorganisation wird das russische Heer zwar vermehren aber nicht verstärken.

Ergebnis also die Überflüssigkeit neuer Heeresverstärkungen schon vom Standpunkt bürgerlicher Politiker, so fällt die Kritik der neuen Heeresvorlage vom Standpunkt des arbeitenden Volkes noch ganz anders aus.

Politische Rundschau

Deutschland.

Theobald als starker Mann.

Wie die soeben begrüßten Junkersproßen vom Corps Borussia in die Wohnung des Unterstaatssekretärs Geith, so bricht der Schnapsblock in die deutsche Justiz ein. Der alte Bonner Befehlsmann Hollweg proklamiert auf Befehl Hendebrands, des Titularveränders, den welchen Schrecken und bereitet im Auftrage des Zentralratsmachers eine Zuchthausvorlage vor. Hollweg hält die Besorgnis vor dem Nichtmitmachen des Zentrums diesen Staats- und Bethmann ab, ein neues Ausnahmegesetz einzubringen. Doch habe man nicht auf die Dauer der Weigerung. Wer derart über die Rechtsgarantien zetert, wer sich in dieser Weise über einen schwelbenden Prozeß verbreitet, — dem Bethmann ist nicht über den Hollweg zu trauen. Vielleicht erscheint doch noch das neue Ausnahmegesetz mit der tragischen Gestalt des Ritters von Hohen-Finow als Titelkupfer, wie er mit überlangen Armen in der Lust herumsucht und unter dem Beifallsgetrammel der Januskauer den starken Mann markiert. Ausnahmegesetz oder nicht; der Ehrendoktor von Gnaden des hierbegehrten Rothe hat den weisen Schrecken proklamiert. Die Brauereiwelt ist zum Prinzip erhoben. Löbauer Urteile drohen der Arbeitersklasse, dieweil studentischen Radabländern Begnadigung winkt. Die Klassenjustiz ist in Permanenz erklärt. Die Regierung identifiziert sich dem Reichsverband. Säbel und Gummiknüppel werden eingezogen und Hinge wird demnächst dekoriert.

Nachdem der Kanalier des Schnapsblocks seine scharfmachereien abgeladen hat, folgte Herr Bassermann mit einer Einerlei-Anderseits-Rede. Herr Bassermann hat einmal ein derbes Wort über den Füsilblock gebraucht und seitdem pflegt die Junkerlippe, die ihren Unrat kübelweise über den Häuptern politischer Gegner entseert, demonstrativ die gekränkte Leberwurst zu markieren, wenn Bassermann zu reden anfängt und während der Ausführungen des nationalliberalen Redners den Saal von ihrer Anwesenheit zu befreien. So geschah es auch diesmal. Wer aber geglaubt hatte, daß Herr Bassermann eine halbwegs oppositionelle Rede halten würde, sah sich getäuscht. Der nationalliberale Führer klagte wehmütig über unsarle Behandlung des Jaren durch die sozialdemokratische Presse, zerdrückte eine Träne über Moabit und legte ein unterwürfiges Bekennen zur Militär- und Schutzpolizei ab. Immerhin wies er die Auflösung zum Eintritt der Nationalliberalen in den Füsilblock mit soviel Entschiedenheit, als einem Nationalliberalen gegeben ist, zurück. Seine Ausführungen über die auswartige Politik verschafften dem Hause den zweitbesten Genuss einer nochmaligen Kanzerrede. Die Regierung läßt die russische Freundschaft mit der der Philosophie von Hohen-Finow keine Triplikation über die auswärtige Politik hinkopfen, packte vorzüglich zu der des Verbands ehrfürchtiger Leute würdigen inneren Politik, zu der er sich außer bekannt hatte. Anger einer unzureichenden konservativen Bierrede des im Grunde hämischen Schriftmachers Gödecke brachte die Sonnabendausgabe noch eine Reihe des Fortifikationshüters Wiemer, deren heiter Teile die Polemik gegen die kommunistische Ausnahmegesetzpolitik war, deren Wirkung jedoch durch die eleganten Stabsleute noch einer Wiederkehr der Bülowschen Politik erheblich abgeschwächt wurde.

Am Montag geht die Beratung fort.

die Generalsitzung.

Die Generalsitzung über den Reichstag, die am Freitag in Abwesenheit des zur Hörung verhusteten Reichskanzlers im Reichstage begann, lenkt die Aufmerksamkeit wiederum auf die höchst prekäre finanzielle Lage des Reiches. So wird in einem Beitrag der rechts-nationalliberalen Tägl. Rundschau die Notwendigkeit einer kräftigen neuen Steuererhöhung unüberleglich also dargestellt:

„In den Vorlagen der Regierung, mit denen die leichte Finanzreform eingeleitet wurde, wird festgestellt, daß zwischen dem für die nächste Zeit feststehenden Bedarf und der vorhandenen Deckung eine Spannung in der Breite von 500 Millionen Mark sich dehne, sodass selbst wenn neue Einnahmen in diesem Umfang eröffnet werden sollten, für längstens neu austretende Bedürfnisse noch keineswegs Vorsorge getroffen sei. Nun waren aber die dem Reichstage mit Ach und Arach abgeduldigen Beschlüsse mit einem Gesamtbetrag von höchstens 418 Millionen Mark zu veranschlagen, und man nahm an, daß die neuen Steuern in einigen Jahren entsprechende Ergebnisse zeitigen würden. Diese Erwartungen sind tatsächlich bisher nicht in Erfüllung gegangen; man hat sogar unter die sehr vorsichtigen Schätzungen der Steuererhöhung im Jahre 1910 bei der Aufmachung des neuen Hafts teilweise noch heruntergehen müssen, da die Ergebnisigkeit der neu angelegten Brünnen vorläufig noch stockt. Eine Untersuchung der Gründe für dieses Zustandebleiben der erhofften goldenen Blüte wollen wir nicht vornehmen; es genügt hier der Hinweis auf die beträchtlichen Schwierigkeiten, die der verantwortlichen Finanzleitung dadurch entstehen müssen, daß die auf dem Papier herausgerechnete Auffüllung ihrer Kassen in Wirklichkeit nur äußernd und unzureichend vorstehen geht.“

Wäre das Deutsche Reich ein gesättigter Organismus ohne starke Neigungen zur Expansion und Evolution, so könnte spießigerliche Beschaubarkeit sich damit beschreiben, daß des Lebens Notdurft und Nahrung zur Stelle ist und die Gebote ehrlicher Liquidation der Schuldenmasse befolgt werden. Das Reichsfinanzwesen ist aber viel zu lebenssprühend und anspruchsvoll, um vorzeitig auf den Zustand der Beharrung sich festlegen zu lassen. Dem weiteren Wachstum der Reichsausgaben können daher unmöglich auch nur auf die Dauer einiger Jahre unübersteigliche Schranken gezogen werden, ohne die Lebensinteressen der deutschen Nation in verhängnisvoller Weise zu unterbinden. Bei jeder tatkräftigen Bewegung fühlen wir aber die Kürze der jetzt verfügbaren Einnahmedecke. Nicht einmal die Mehraufwendungen für die Heeresverstärkung und die erweiterte Veterandenfürsorge im Höhe von zusammen 13 Millionen Mark können ohne Erzielung einer neuen Einnahmequelle in der Reichswertzuwachssteuer bestritten werden.

Wir sind also mit den Reichsfinanzen recht beladen, und die nächsten Jahre werden die Notwendigkeit zu ihrer angemessenen Kräftigung noch eindringlicher uns zu Gemüte führen.“

Füllen wir hinzu, daß die Tägl. Rundschau in Übereinstimmung mit der ganzen agrar-kontraktiven und nationalliberalen Presse die neue Militärvorlage, die über 150 Millionen ordinäre und außerordinäre Mehrausgaben in den nächsten 5 Jahren vorsieht, für gänzlich ungenügend erklärt, so können sich die Wähler ein Bild davon machen, was ihnen nach den nächsten Reichstagswahlen nach Raubsteuern bevorsteht, wenn sie nicht für eine riesenstarke Vertretung der Massen im neuen Hause sorgen. Wir könnten das Programm schon heute verraten: Bier (Branntwein und Zigarren diesmal lächerlich), Zigaretten-Seife, Streichholzmonopol, Ansichtskarten, Interaten- und Weinsteuer dürften die ersten Projekte sein, die man heranholte. Elektrizität und einige andere Industriezweige dürften auch daran glauben müssen. Es ist also endlich an der Zeit, daß das Volk einem immerlatten Militarismus und einer unverschämten Raubfinanzpolitik Einhalt gebietet.

Zur Reichsversicherungsordnung.

Die Reichstagskommission begann in ihrer letzten Sitzung mit der Beratung des Abchnittes Krankenversicherung. In der ersten Lesung war die Versicherungspflicht für Betriebsbeamte, Techniker und Handlungsgehilfen dahin geändert, daß diese Angestellten bis zu einem Einkommen von 2500 Mk. Verhinderungssumme zu einem Krankenfall auf 3000 Mk. erhöhten werden. Die Nationalliberalen, die diesen Antrag früher selbst gestellt hatten, beantragen jetzt wieder die Verhinderung auf 2000 Mk. und das Zentrum, das in der ersten Lesung die Verhinderungsgrenze auf 3000 Mk. erhöhten wollte, unterstellt die Verhinderung der Einkommensgrenze mit den Konservativen. Unsere Genossen mielen darauf hin, daß die Organisationen der Privatangestellten ein vorzügliches Mittel seien, um die Erhöhung der Verhinderungsgrenze auf 3000 Mk. abzuwehren. Die liberalen Umstallten auf eine Vereinbarung der bürgerlichen Parteien zurückzuführen, und wird wahrscheinlich noch andere Überredungen aufzutragen versuchen. Der Berichtserstatter bestimmten schließlich auch die Volkspartei mit Ausschluß des Abgeordneten Horrmann zu. Von Zentrum erklärte

sich der Abgeordnete Becker gegen den Antrag. Bei diesem Stimmenverhältnis wurde der Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Der § 180, der dem Bundesrat das Recht gibt, die Versicherungspflicht der Handwerker, die bis zu zwei Gehilfen beschäftigen, anzutreden, war in erster Lesung gestrichen. Die Regierung befürwortete die Wiedereinführung, ein Antrag, der von unseren Genossen aufgenommen wurde.

Er (Zentrum) hält die Versicherungspflicht der Handwerker nicht für nötig, während von unseren Genossen betont wurde, daß die kleinen Gewerbetreibenden in schwieriger Lage seien, daß hier eine Versicherung im Krankheitsfall dringend geboten erscheint. Sonderbar, daß die sogenannten Handwerkertreunde bei diesem Gesetz den Handwerker in eine sehr ungünstige Position drängen. Der Antrag wurde abgelehnt, dafür stimmten nur unsere Genossen.

Nächste Sitzung am Dienstag.

Die Schifffahrtsabgaben.

Die 19. Kommission trat Freitag zu ihrer ersten Sitzung zusammen. In einer allgemeinen Ratsprache wurde zunächst die Frage erörtert, soll die Kommission in die Beratung der Vorlage eintreten, bevor die von verschiedenen Seiten geforderten Unterlagen seitens der Regierung beigebracht sind. Daß weitere Unterlagen zur Beratung des Gesetzes eine Notwendigkeit sind, wurde mehrfach anerkannt, es lagen hierzu auch die nachfolgenden Anträge vor: Die Abg. Sunck und Hahnmann ersuchen die Regierung um folgende Auskünfte: Welcher finanzielle Ertrag von den Schifffahrtsabgaben nach Maßgabe des vorgeesehenen Tarifs zu erwarten steht; Auskunft zu geben, wie hoch voraussichtlich die Kosten der Verwaltung der Verbände und der Erhebung der Schifffahrtsabgaben sein werden; Anschläge vorzulegen über die Kosten der Anstalten, deren Herstellung festgelegt werden soll; eine Berechnung darüber zu geben, wieviel von diesen Kosten auf die einzelnen Bundesstaaten entfallen; ferner vorzulegen, inwiefern die in Art. II § 2 festgelegten Ziele technisch ausführbar sind und weiter mitzuteilen, welche Stellung die beteiligten Schifffahrts- und Industriekreise zu diesen Anstalten einnehmen. Auskunft zu erteilen, welche Folgerung die Reichsregierung aus der Belastung der Ströme Rhein, Weser, Elbe, für die Ströme Weichsel und Oder zu ziehen gedenkt.

Von den Sozialdemokraten wird verlangt, die Denkschriften von Baden und Sachsen und die Rheinschiffahrtakte der Kommission vorzulegen. Von Dr. Amehnhoff wird gefordert, genaue Auskunft über die wirtschaftliche Lage der Kleinschifffahrt auf Rhein, Weser und Elbe zu geben; ferner wieviel Schiffe unter 200 Tonnen, wieviel unter 300 Tonnen auf den Strömen vorhanden sind. Die Antragsteller begründeten ihre Anträge, worauf der Minister v. Breitenbach eine teilweise Zusage betrifft der geforderten Unterlagen gab. Vom Genossen Davids wird noch gefordert, das Gutachten des Reichsjustizamts vorzulegen, welches über den Artikel 54 der Reichsverfassung abgegeben worden ist. Der Regierungsvorsteher sucht mit der Aussrede, die Sache sei eine interne Angelegenheit der Regierung, durchzukommen. Die Anträge, welche die Regierung auffordern, der Kommission das gewählte Material vorzulegen, werden mit Ausnahme des sozialdemokratischen angenommen. — Die nächste Sitzung findet nach den Ferien statt.

Kaufmannskammern.

Wie bürgerliche Blätter melden, ist die Regierung nicht abgeneigt, dem Reichstag ein Gesetz über Kaufmannskammern vorzulegen. Daß die Regierung die Einbeziehung der Handlungsgesellschaften in die Arbeitskammern nachdrücklich bekämpft hat, hat seine Ursache vor allen Dingen darin, daß verhindert werden sollte, daß der Stand der Handlungsgesellschaften in der Vertretung seiner Interessen auseinandergerissen würde.

Der Handelsvertragsverein.

Noch dem letzten Jahresbericht sind dem Handelsvertragsverein angeschlossen ca. 7000 Einzelmitglieder und 158 körperschaftliche Mitglieder; 56 Handelskammern, 56 industrielle und 16 kommerzielle Fachvereine, 13 kaufmännische und Gewerbevereine, 6 Handwerkertümungen, der Verband Sächsischer Industrieller, der Bayerische Industriellenverband, das Kolonialwirtschaftliche Komitee, der Preußische Landesverband technischer Zoll- und Steuerbeamten und sieben Spezialvereine verschiedener Art.

Die Fernsprechgebührenordnung

wurde Sonnabend von der Budgetkommission in 2. Lesung erledigt, und zwar im allgemeinen nach der Fassung, die das Gesetz in der ersten Lesung erhalten hatte. Auf Anregung der sozialdemokratischen Mitglieder ist die Zonenerteilung in erster Linie dadurch gegen die Anträge des Zentrums und der Konservativen verbessert worden, daß zwischen die Zonen von 100 und 500 Km. eine solche von 250 eingezogen worden ist. Mit Hilfe des Zentrums besiegten die Konservativen wieder diese Bestimmung, die besonders im Interesse der Industriellen war. Die Sozialdemokraten und Freisinnigen erklärten, daß sie unter solchen Umständen sich die Entscheidung über das Gesetz vorbehalten werden.

Die Erhöhung der Anwaltsgebühren.

Seit gewisser Zeit drängen die deutschen Anwälte auf die Erhöhung ihrer Gebühren im Prozeßverfahren. Die Regierung war auch bereit, dem Reichstag eine Vorlage zu machen, verlangte aber vorher von den Anwaltskammern statistische Unterlagen über das Einkommen der Rechtsanwälte. Die Anwaltskammern haben es jedoch abgelehnt, die ihnen zugesandten Unterlagen zu bearbeiten mit dem Bedenken, daß angenommen werden müsse, der Reichstag werde auch ohne statistische Unterlagen den Wünschen der Anwälte Rechnung tragen. Dieser Optimismus läßt die Regierung offensichtlich — und zwar mit großem Recht — meßhaft bei die Eröffnung einer jüdischen Vorlage auf die spätere Zeit verzögert haben.

„Das bisschen Moabit“.

Eine Erzählung der „Standard-Zeitung“ berichtet, daß sie auf Wahrheit beruht, daß Eingang des Reichstages in den Moabit-Prozeß noch sehr unklarer erscheint.

lassen, als er ohnedies ist, denn seine Ausführungen würden sich als eitel Komödie erweisen. Er soll nämlich auf Versuche rechtsstehender Parlamentarier, ihn unter Hinweis auf Moabit für eine Ausnahmegesetzgebung gegen Sozialdemokraten scharf zu machen, erwidert haben: „Das bisschen Moabit!“ Der „Reichshof“ hält die Meldung für wahr, er schreibt ärgerlich:

„Auch das bisschen Moabit!“ kann vielleicht einmal ein fatalistisches Bonmot für uns werden. Zunächst ist alle Welt Zeuge des beschämenden Schauspiels, daß ein preußischer Gerichtshof seit 6 Wochen sich vergeblich abmüht, mit diesem „bisschen Moabit“ fertig zu werden, und vielleicht nochmals 6 Wochen dazu braucht, ehe er sein Urteil fällen kann.

„Das bisschen Moabit“ ist allerdings der Sozialdemokratie ein wahrer Sungbrunnen zur Verjüngung ihrer Kraft und zur Erneuerung ihrer Reihen geworden.“

Blödsinn.

Die „Hallese Zeitung“ bringt folgende Tatarendacht:

„Bisschen Vertretern der Fortschrittlischen Volkspartei und der sozialdemokratischen Partei ist ein Abkommen über die Reichstagswahlen getroffen worden. Die Fortschrittlische Volkspartei überläßt der Sozialdemokratie eine Anzahl von Reichstagsmandaten in Wahlkreisen, in denen sie bei den letzten Wahlen nur mit Hilfe der rechtsstehenden Parteien gesiegelt hat, oder in denen ein rechtsstehender Kandidat mit freimauriger Hilfe gewählt wurde. Dagegen fordert die sozialdemokratische Partei dafür, daß in einer Anzahl von Wahlkreisen, die jetzt durch rechtsstehende Abgeordnete vertreten sind, in der Hauptwahl oder Stichwahl die Kandidaten der Fortschrittlischen Volkspartei gewählt werden. Das Abkommen wird in der Weise durchgeführt, daß die Partei, die einen Wahlkreis aufgibt, in demselben zwar einen Kandidaten aufstellt, aber schwach für ihn agitiert, während die andere Partei mit allen Kräften für den ihrigen eintritt. Man hofft dadurch, den letzteren Kandidaten wenigstens in die Stichwahl zu bringen. In dieser treten beide Parteien geschlossen und mit aller Kraft für ihn ein.“

Wir stellen hierzu fest, daß an der ganzen Nachricht auch nicht ein einziges Wort wahr ist.

Der Kaiser und der Moabiter Prozeß.

Das letzte Mittel muß herhalten, um die im Moabiter Prozeß schwer blamierte Polizei zu retten. Bethmann-Hollweg greift im Reichstag für den schwedenden Prozeß dadurch ein, daß er, der höchste Staatsbeamte im Reichstag der Welt sein voreiliges Urteil ausdrängt, doch wohl in der Absicht, auch von den Moabiter Richtern gehört zu werden. Und der Kaiser hat in dieser Woche die schwerbelasteten Polizisten dekoriert. Die Scherlpresse meldet:

Bahlreichen Offizieren und Beamten der Berliner Schuhmannschaft sind für ihr Verhalten während der Moabiter Kravalle in dieser Woche Ordensauszeichnungen vorliegen. Polizeimajor Klein erhält die Königlich Kronen zum Roten Adlerorden 3. Klasse mit der Schleife. An die anderen Offiziere der Schuhmannschaft ging meist der Kronenorden 4. Klasse; während als Belohnung für die vom Kaiser anerkannte Pflichterfüllung den an der Unterdrückung der Aufrührer gefährdeten Beamten die Medaille des Roten Adlerordens oder des Kronenordens verliehen wurde. Dem Polizeipräsidenten von Jagow soll für das kommende Ordensfest eine besondere Auszeichnung zugedacht sein.“

Diese Ordensauszeichnungen sind doch sicher vom Reichskanzler vorgeschlagen worden, der dadurch der im Reichstag verfolgten Taktik treu blieb: Die Moabiter Polizeiaffäre zugunsten der Polizei zu drehen. Es ist ein politischer Skandal sondergleichen, daß die Regierung, die sich nun in ihren Hoffnungen, eine gute Wahlmasse gegen die Sozialdemokratie in den Moabiter Vorgängen gefunden zu haben, betrogen sieht, diesen brüsken Eingriff in die Unabhängigkeit des richterlichen Urteils unternimmt. Denn, die Charakterfestigkeit der Richter in Ehren, wir möchten aber doch den Richter sehen, der einen Polizeibeamten wegen einer Handlung moralisch zu verurteilen wagte, die eben erst von der Regierung durch die Ordensverleihung des Kaisers belohnt wurde.

Ultramontane Arbeiterdemonstrationen.

Aus parlamentarischen Kreisen ist der „Märkischen Volkszeitung“ ein Artikel zugegangen, der die Tendenz hat, gegen die Sozialdemokratie scharf zu machen. Das Zentrum, das sich bei den nächsten Wahlen den Wählern gegenüber wegen seiner Steuersünden zu verantworten haben wird, glaubt den Moment gekommen, das ihm drohende Strafgericht von sich abwenden zu können. Die Sozialdemokratie soll in der letzten Zeit verantw. höchstmütig aufgetreten sein, daß es endlich notwendig sei, ihr einen Dämpfer aufzusehen. Vor allen Dingen hält es der Artikelbeschreiber für notwendig, daß die christliche Arbeiterschaft endlich aus ihrer Reserve heraustrate und eine große Agitation gegen die Sozialdemokratie unternehme. Damit würden die christlichen Arbeiter und ihre Verbände zunächst einmal zeigen, daß sie mit der Sozialdemokratie nichts gemein haben. Ihr Auftreten würde aber auch in anderen Kreisen einen sehr guten Eindruck erwecken.

Die klerikalen Stützen des Thrones.

Die portugiesischen Jesuiten haben am 28. November dem Papste einen Protest gegen ihre Behandlung in Portugal überreicht; in diesem liegt von dem Stuttgarter Zentrumsblatt abgedruckten Protest heißt es:

„Man sagt, wir Jesuiten seien die harrhaftesten Gegner der Republik und deshalb hätten wir mit größerer Strenge als die anderen behandelt werden müssen. Das ist ein eitler Vorwand, denn die Gesellschaft hat gegen die republikanische Institution als solche nichts einzubringen. Als die absolute Regierungsform in allen zivilisierten Nationen herrsche, waren es die großen Schriftsteller unserer Gesellschaft, die klar in ihren Werken die fundamentalen Prinzipien der wahren Demokratie hervortreten ließen und heute sind gerade jene Provinzen unseres Ordens, die die höchste Entwicklung haben, die sich vor größtem Fleiß erfreuen, in republikanischem Gebiete gelegen. Es genügt, auf die 5 Provinzen zu verweisen, die die Jesuiten in den Vereinigten Staaten besitzen. Die angebliche Opposition der Jesuiten gegen die demokratische Regierung besteht also nicht.“

Die „Germania“ hat also heillos geschwindelt, wenn sie in der letzten Zeit auffallend häufig und eindringlich versichert, daß der katholische Clerus die festeste Stütze des Thrones sei. Und auch die Beirater Kaiserrede, nach der Thron und Altar untrennbar verbunden seien, wird revidiert werden müssen.

Die badischen Kreiswahlen und die Kreisversammlung.

In letzter Woche sind die ersten Sozialdemokraten — ein halbes Dutzend Mannheimer Genossen — in die Kreisversammlung für den Mannheimer Kreis, in welcher bisher nur bürgerliche Abgeordnete die Selbstverwaltung ausübten, gewählt worden; früher schalteten und wählten darin beinahe ungestört die Nationalliberalen und erstickten das Interesse des Volkes an der praktischen Arbeit dieser Körperschaft. Die Kreiswahlen vollzogen sich immer geräuschlos; auch diesmal erschienen in manchen Bezirken nicht einmal so viele Wähler, als Kreiswahlmänner zu ernennen sind. Und doch beruft das alte Wahlrecht dieselben Wählermassen zur Aktion, die noch vor sechs Jahren für die Wahl der Landtagswahlmänner auf die Beline gebracht werden konnten. An der in direkte Wahl dieses badischen Selbstverwaltungskörpers kann sich jeder über 18 Jahre alte, seit einem Jahre im Amtsbezirk ansässige Staatsbürger beteiligen. Außerdem enthält das Gesetz Privilegien für den Großgrundbesitz und die Industrie; es läßt an der Wahl der Kreisabgeordneten außer den vom Volke gewählten Wahlmännern noch jene Grund- und Hausbesitzer des Kreises teilnehmen, deren Familien seit 5 Jahren mit einem Grundsteuerkapital von mindestens 40 000 Mark eingetragen sind, sowie jene Großgewerbebetriebe, die bei der Kreisbesteuerung mit einem Gewerbesteueraufschlag von 120 000 Mark und mehr in Berechnung gezogen wurden. Der Fiskus, die Aktiengesellschaften etc. nehmen als Wahlberechtigte durch Stellvertreter teil. Als besondere Kollegialmitglieder treten noch die von den Gemeinden (Gemeinderäten) auf die Dauer von 6 Jahren ernannten Kreisaabgeordneten und die auf 3 Jahre von den über 70 000 Einwohnern zählenden Städten zu erneuenden Abgeordneten (1 bis 4) hinzu.

Die Kreisverbände versammeln sich jährlich einmal auf 1 bis 3 Tage. — Die Aufgaben der Kreisverwaltung liegen wesentlich auf dem Gebiete der volkswirtschaftlichen und sozialen Fürsorge. Straßen-, Brücken- und Kanalbauten, die Gründung von Sparkassen, von Kreisschulanstalten und anderen Institutionen zur Fürsorge für Unbemittelte, Unterstützung der Gemeinden auf allen kulturellen Gebieten.

Die Kreisverbände können Vermögen erwerben und verwalten; sie haben Steuererleichterungen, daß sie für ihre gesetzlichen Ausgaben Umlagen auf die Kommunen legen können. — Die Aufgaben der Kreise sollen künftig eine Erweiterung erfahren. Unter die neuen Maternen wurde auf Antrag der sozialdemokratischen Landtagsfraktion auch die Arbeitslosenversicherung aufgenommen.

Die badische Sozialdemokratie beteiligte sich zum erstenmal an den Kreiswahlen; die Partei war nicht einig über die Wahlbeteiligung, im Verbreitungsbereich des „Volksfreund“, der sich gegen Beteiligung aussprach, war deshalb auch die sozialdemokratische Wahlbeteiligung sehr schwach und mancher sonst noch mögliche Sieg entging uns auf diese Weise.

So blieb die sozialdemokratische Invasion auf die Mannheimer Kreisversammlung beschränkt, in der unter den 34 Mitgliedern 7 Sozialdemokraten sitzen. (Zu den 6 gewählten kommt noch ein Genosse, der als Vertreter der Stadt Mannheim der Versammlung angehört.)

Die nächste Session des badischen Landtages bringt höchstwahrscheinlich eine Änderung des patriarchalischen und vorsätzlichen Wahlsystems zur Kreisvertretung. Eine Mehrheit der Justizkommission hat sich bei der Beratung der Denkschrift der Regierung über die Reorganisation der Selbstverwaltungskörper für das direkte, gleiche Wahlrecht mit Proporz ausgesprochen. Im Plenum kam der Bericht nicht mehr zur Verhandlung.

Die schwarze Garde in Bedrängnis.

In Bayern brechen die Sozialdemokraten immer erfolgreichster in die Hochburgen des Zentrums ein; in den schwäbischen Orten, die uns bisher unzulänglich waren, können jetzt sozialdemokratische Versammlungen stattfinden, die sich der stärksten Beteiligung erfreuen und in denen unsere Redner bei ihrer vernichtenden Kritik der Zentrumspolitik allezeit Beifall finden. Überall wachsen sozialdemokratische Vereine hervor. Ganz erfreuliche Fortschritte macht die Bewegung in der Oberpfalz. Die schwarze Gendarmerie ist natürlich mit allen Mitteln bemüht, die Eintrudlinge abzuhalten und sie an der Aufklärung der freimaurischen Schäflein zu verhindern. Kanzel und Beichtstuhl müssen mehr als je herhalten; das Mittel der Sagabütreber wird fleißig angewendet. Wie groß die Not bei den Schwarzen ist, erhellt aus einem kleinen Mahnrat, den der Regensburger Anzeiger an die „katholischen Witten“ in den oberpfälzischen Landorten richtet und worin die Witten angefacht werden, ihre Lokale nicht zu „roten“ Versammlungen herzugeben und in ihnen keine „roten“ Vereine zu dulden. Um den Eindruck zu verstärken, wird der „Herr Wirt“ sogar an sein künftiges Sterbegästelein erinnert, wo sein einziger Freund und Trost der Priester sein wird, während vielleicht die roten Genossen sich kaum nach seinem Besinden erkundigen oder gar den Priester fernzuhalten suchen.“

Das Gesammt läßt die mächtige Furcht vor der sozialdemokratischen Aufklärungsarbeit deutlich genug erkennen.

Türkei.

Ein blutiges Gemetzel. Wie amlich mitgeteilt wird, haben Gedulinen die Station Kafraone an der Hedschasbahn überfallen und die Beamten samt deren Familien niedergemordet. Die Gedulinen griffen ferner alle Stationen zwischen Kafraone und Medina nach Medina hinzu, zum Entgleisen. Die Passagiere und das Personal des Zuges wurden angegriffen. Sami Pasha, der Oberbefehlshaber im Hauran, erhielt Befehl sofort zur energischen Bestrafung der Gedulinen aufzubrechen. — Wie weiter den

Nr. 290.

Montag, den 12. Dezember 1910.

17. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 10. Dezember 1910.

98. Sitzung. Vormittags 11 Uhr.

Im Bundesratssitz: Der Reichskanzler und die Staatssekretäre.

Erste Lesung des Gesetzes.

(Zweiter Tag.)

Reichskanzler von Bethmann-Hollweg: Es war unmöglich, an der gestrigen Sitzung teilzunehmen. Ich möchte heute nur zu einigen Fragen der inneren Politik Stellung nehmen.

Die Reichsfinanzreform war nötig.

Es konnte so nicht weiter gehen. Die Aufbringung der Mittel war wichtiger, als die Frage der Steuerarten. Darum hat auch Fürst Bismarck nicht wegen der Ablehnung der Gewerbesteuer den Reichstag aufgelöst, sondern hat den sofortigen Abschluß der Reichsfinanzreform für eine Lebensförderung des Reiches erklärt und dieser Forderung seine Person unterworfen. Das ist der Vergang gewesen, den man im parteipolitischen Interesse zu verschleiern sucht. (Sehr wahr! rechts.) Der vorliegende Staat ist die beste Rechtfertigung des Verhaltens der Regierung. Allerdings kann das ganze Volk fordern, daß wir mit den bewilligten Mitteln haushalten. Das ist in diesem Staat geschehen und wird auch in Zukunft geschehen. Die Klagen der Linken über ungünstige Errägungen der neuen Steuern können nur dahin ausgelegt werden, daß dem Steuer mehr Mittel gegeben werden müssen. (Große Hör. links.) Ich notiere das gern für den Fall, daß wir einmal mehr Geld brauchen. (Erneute Heiterkeit rechts und im Zentrum.) Übrigens gewährt auch die Reichsverwaltung neue Mittel. Die Besorgnisse wegen einer Vernachlässigung unserer

Wehrmacht

sind unbegründet. Es gibt auch keine Unstimmigkeiten zwischen der Heeres- und der Finanzverwaltung. Sicherlich würden die Herren von Heerlingen und von Tirpitz nie in eine Verkümmern unserer Wehrmacht willigen. Ich selbst würde sofort, wenn die Aufrechterhaltung unserer Wehrmacht es verlangen würde, neue Steuern fordern, und das deutsche Volk würde für solche Forderungen stets zu haben sein. (Lebh. Lust. rechts.) Die Beratungen über die Reichsversicherungsordnung haben gezeigt, daß am ersprichtlichsten das Zusammenarbeiten von Zentrum, Konservativen und Liberalen ist.

An den Grundlagen unserer bewährten Wirtschaftspolitik halte ich mit allem Nachdruck fest.

(Sturm. Bravo! rechts.) Ich handle damit im Einklang mit der großen Mehrheit dieses Hauses. Landwirtschaft, Industrie und Handel halten an den Grundlagen unserer Wirtschaftspolitik fest und wenn es zum Ziegen oder Brechen kommt, wird sich das Volk für solche Experimente bedienen, die ihm den Boden unter den Füßen wegziehen. Die programmatischen Erklärungen der Parteien der wirtschaftspolitischen Mehrheit dieses Hauses sind von großer Bedeutung für die Arbeiten im

neuen Reichstage.

Alles spricht von den bevorstehenden Wahlen, aber die Götterdämmerung wird auch nach diesen Wahlen nicht eintreten. Wenn die Leidenschaften ausgetobt haben, wird wieder der Zwang zur praktischen Arbeit vorhanden sein, und dann wird es verhängnisvoll sein, daß die Parteien, die in großen nationalen Fragen dasselbe Ziel verfolgt haben, sich so bitter bekämpft haben.

Ich identifiziere mich mit keiner Partei oder Partei-Kombination.

Das Gerede vom schwarzblauen Kanzler läßt mich kalt. Ich diene nicht dem Parlament. (Buruf b. d. Soz.: Aber den Junkern!) Den Junkern ebenso wenig wie Ihnen. (Un-

gläubige Hörte lts.) Ich diene dem Gemeinwohl und suche auf dieser Grundlage mit dem Reichstage Verständigung. Gewähren mir Konservative und Zentrum Unterstützung, so nehme ich an; ich nehme aber auch von anderen Parteien Unterstützung an. Ich begebe mich aber nicht in die mir nachgesagte Abhängigkeit von einzelnen Parteien. Nun zum

Verhältnis zur Sozialdemokratie.

Ich bin durchaus mit Herrn von Heydebrand der Ansicht, daß es nicht Blücht der Parteien, sondern der Regierung ist, mit Vorschlägen hervorzutreten, wenn sie die gegenwärtigen Machtmittel nicht mehr als ausreichend betrachtet. Über die Regierung bedarf eines besonderen Anspornes beim Schutze der staatlichen Ordnung. (Hört, hört! b. d. Liberalen. Bewegung.) Über unsreitig ist in andern, durchaus nicht reaktionären Ländern wie Frankreich und England die Staatsordnung besser gestellt. Dort gelangen Vergehen gegen die öffentliche Ordnung schon nach ein bis zwei Tagen zur Urteilung. (Lebh. Bravo! und Hört, hört! rechts.) Bei uns dauert es Monate, und es kommen

Monstreprozesse

die gar kein Ende finden. Mit Recht hat Graf Posadowsky neulich diesen Zustand als dem Rechtsbewußtsein des Volkes zu widerlaufen bezeichnet. (Sehr wahr! rechts.) In der Strafprozeßordnung haben die verblüdeten Regierungen Bestimmungen gegen diese Mützstände vorgeschlagen. Hoffentlich wird hierbei und bei der Bekämpfung des Missbrauchs sozialpolitischer Einrichtungen zu sozialdemokratischen Parteizwecken der Reichstag die Regierung unterstützen. (Bravo! rechts. Lachen b. d. Soz.) Auch ist die Sachverständigenkommission, die das neue Strafgesetzbuch ausgearbeitet hat, der Ansicht gewesen,

dass das geltende Recht nicht ausreicht im Kampf gegen aufstrebende und aufreizende Agitatoren

und hat deshalb neue Bestimmungen gegen Aufwiegelung, gegen die Verherrlichung vergangener Verbrechen vorgeschlagen. Es wird zu prüfen seien, ob auch in der Richtung

nachdrücklicheren Schutzes der persönlichen Freiheit und persönlichen Bestimmungsrechts

das Strafgesetzbuch Ergänzungen bedarf. (Losender Beifall rechts.) Es handelt sich hier nicht um Erscheinungen neuerer Datums. Schon 1895 hat der Abg. Bennigsen im Reichstag die bürgerlichen Parteien zur Sammlung gegen die Sozialdemokratie aufgefordert. (Hört, hört! rechts.) Revolutionär ist die Sozialdemokratie immer gewesen, aber der revolutionäre Ausdruck tritt jetzt mit brutalerer Deutlichkeit hervor. (Sehr wahr! rechts.) In demselben Augenblick, da die fortschreitende Volkspartei das Zusammensein mit der Sozialdemokratie auch praktisch erörtert,

bekannt sich die Sozialdemokratie zum Republikanismus.

(Lebh. Hört, hört! rechts und im Zentr.) Ich verweise auf die Ausführungen des Abg. Noske in Magdeburg und des Abg. Liebknecht in Amerika. Von Jugend auf werden die sozialdemokratischen Massen gegen den heutigen Staat verhegt. Da kann man sich nicht wundern, daß die Köpfe heiß werden. Die die Verherrlung treiben, sind schuld daran, wenn die Massen die Konsequenzen ziehen. Die Sozialdemokratie ist moralisch mit verantwortlich an den Exzessen von

Moabit.

(Losender Beifall rechts; Narthe links. Buruf: Der Kanzler greift in ein schwedendes Verfahren ein.) Ihr Redner Scheidemann hat zuerst die Sache angeschritten. — Mit Drohen, Töben, Revolverschüssen und Berümmungen (Lachen u. iron. Huhurufe b. d. Soz.) haben die Massen in Moabit die Staatsordnung angegriffen. Der Vorräts sprach von Janhagel, aber über 40 politisch und gewerkschaftlich Organisierte befinden sich unter den Verhafteten. (Buruf b. d. Soz.: Was bedeutet diese kleine Zahl unter der Masse?) Als die Janhageltheorie nicht mehr zog, kam der Vorräts mit der

unsinigen Provocationstheorie

schlecht, nur hier bei Ihnen nicht. Wie hätte ich auch mit dem Kind den Winter durchkommen sollen, wenn Sie mir nicht die Kartoffeln gepflanzt hätten. Nun, der liebe Gott wird Sie segnen dafür.

Schweig, Ficken, und denke an's zweite Gebot!" sagte der Pastor und ging weiter.

Die Rede des Mädchens hatte Eugen stutzig gemacht. Er blieb bei ihr zurück und erfuhr nun, daß die Arbeitenden nicht die Früchte des Pastors, sondern ihre eigenen, die jener ohne Entgelt ihnen ausgespielt hat, einernten. "Herr", sagte das Mädchen, "ich bin unverheiratet und habe hier das Kind. Der Gutsherr gibt mir keinen Kartoffelsacker, wie er überhaupt nur den vollen Taglöhner und Witwenfrauen solchen gibt. Aber andere Menschen und Kinder haben auch einen Mund und die verkämen hier in Hunger und Elend, wenn unser Pastor nicht wäre. Der ist nicht wie die anderen Priester sind. Sieht er Not und Jammer, so tröstet er nicht allein mit der Bunge, sondern zuerst mit Brot und mit Fleisch, und mit allem, was er nur hat."

Eugen trat jetzt wieder zu Wolf, welcher soeben von einem zerlumpten Greise um einige Kleidungsstücke gebeten wurde. — "Röcke und Stiefel, das ist das Feldgeschehen der Armut", sagte der Pastor, "können Sie mir vielleicht erklären, Herr von Plümmeran, weshalb die Armen nie um Weinen, Hupe und Halstücher bitten, sondern stets um Stiefel und Röcke?"

Der Jüngling beantwortete jedoch diese Frage nicht, sondern er fasste die Hand des Pastors und sagte: "mein Herr, ich habe Ihnen ein Unrecht abzuhalten. Ich zürnte Ihnen, weil ich glaubte, daß Sie Ihre Früchte heute einzubringen ließen; aber ich weiß jetzt alles. Ich weiß, daß Sie ein edler Wohltäter der Armen sind".

"Ihrum, lacum!" sagte der Pastor, "das ist nicht weit her. Ich mag ein schöner Wohltäter sein! Habt zwölftausend Hufen Acker und vergabe davon sechshundert zu Kartoffelland. Qualifiziert mich das als Wohltäter ersten, zweiter oder siebenter Klasse? Unser Heiland verlangt, daß der welcher zwei Röcke hat, den einen den Armen geben soll; und ich habe vier Röcke, und gebe ja einen fort, so ist's sicher einer, der schon sehr schwach ist, dem oft Knöpfe und selber Knopflöcher fehlen, und wo's Unterfutter an den Elendigen herausquillt."

"Ihre Handlungswweise, Herr Pastor, genügt dadurch

(Sturm. Beifall rechts. Buruf b. d. Soz.: Wollen Sie die Beugen beeinflussen? Vorn! u. Buruf rechts.) Dem gegenüber spreche ich hier

der Polizei meine Anerkennung

aus. (Sturm. Lust. rechts u. i. 3.) Wer Wind sät, erntet Sturm. Die Provocationstheorie soll nur die moralische Missetzung der Sozialdemokratie verblassen. Einzelne Taten des Moabiter Bauberlehrlings mögen genügt der Sozialdemokratie mißfallen, aber das ändert am Kern der Sache nichts. Die byzantinische Umschmeichelung und Verhebung der Massen ist die tiefste Ursache der Moabiter Vorgänge. Der Versuch der Sozialdemokratie, sich von der moralischen Missetzung reinzuwaschen, kann nur eine erneute Aufrüstung zu neuen Straßenkämpfen sein.

Ausnahmemaßregeln oder nicht?

Die Frage tritt jetzt an uns heran. Mit Fürst Bismarck bin ich der Meinung, daß zur Niederhaltung der in ihren Zielen gesetzwidrigen Machtwillen der Sozialdemokratie

die vorhandenen gesetzlichen Mittel genügen: Vorschläge zu Ausnahmemitteln mache ich Ihnen nicht. (Beifall bei den Liberalen.) Der preußische Staat ist nach Bebel ein eigenes Ding. Er lässt sich nicht durch Zeitungen und Demonstrationen erobern. (Buruf b. d. Soz.: Abwarten!) Das deutsche Volk kann von der Sozialdemokratie erregt und verführt werden, aber es wird sich immer von den politischen Endzielen und wirtschaftlichen Utopien der Sozialdemokratie abwenden. Wir werden fortfahren in der sozialen Fürsorge; aber die bestehenden geleglichen Mittel werden mit nachdrücklicher Energie angewandt werden und die

Energie wird wachsen mit der Festigkeit der Angriffe. (Lebh. Beifall rechts.) Die uns beschäftigenden parlamentarischen Arbeiten tragen nichts Rückstrittliches in sich. Konservative, Zentrum und Liberalismus müssen zusammen am Wohl des Vaterlandes arbeiten. Keiner dieser Faktoren kann dauernd ausgeschaltet werden, ohne daß das Gemeinwohl Schaden erleidet. Wir alle haben das gleiche Recht, die gleiche Pflicht am Wohl des Vaterlandes zu arbeiten. (Lebhafte Beifall rechts und im Zentrum. Lachen bei den Sozialdemokr.)

Bassermann (Nat'l): Die Rechte verläßt zum größten Teil den Saal: Durch die Reichsfinanzreform hat die Sozialdemokratie neues Wasser auf die Mühle erhalten. In der Wirtschaftspolitik, von der der Reichskanzler sprach, haben die Nationalliberalen stets mitgearbeitet. Wir stimmen dem Kanzler darin bei, daß gegen die Sozialdemokratie die bestehenden Machtmittel ausreichen.

Die Erfahrungen mit der alten Militärvorlage sollten wirklich vor einer Wiederholung abschrecken. Ganz gewiß trägt die sozialdemokratische Presse schuld an den Moabiter Vorfällen. (Sehr richtig! rechts, Widerspruch b. d. Soz.) Die Polizei hat nicht provoziert, ist vielmehr im Anfang vielleicht zu langsam vorgegangen. An dem langsamem Gang des Moabiter Prozesses trägt die Staatsanwaltschaft mit ihrer Zusammenfassung der Straftaten schuld, sonst wären schon eine Menge Verurteilungen vor den zuständigen Schöffengerichten erfolgt. (Sehr richtig! links.) Selbstredend unterschreiten wir alle Bestrebungen auf Aufrechterhaltung der Wehrkraft. In dem uns vorgelegten Staat steht schon wieder ein Stück neue Finanzreform. (Hört, hört! links.) Wir werden bei einer solchen neuen Finanzreform nicht um direkte Reichssteuern herumkommen. Die ablehnende Haltung der Nationalliberalen gegenüber der Reichsfinanzreform war berechtigt. Es handelt sich nicht um eine Steuerhebe, sondern um eine tiefgehende Unzufriedenheit des Volkes. (Sehr richtig! bei den Liberalen.) Der Militärvorlage stimmen wir zu. Gegenüber der Wehrkraft des Vaterlandes müssen die finanziellen Bedenken schweigen. In der Angelegenheit des Tempelhofer Feldes hat man zu wenig Rücksicht auf sozialhygienische Fragen genommen. — Der Kriegsminister sollte darauf bedacht sein, der Exklusivität des Offizierkorps entgegenzutreten. Wir billigen die Flottenpolitik des Herrn von Tirpitz und die Polen-

noch mehr, daß Sie den Wert derselben herabzusezen suchen". antwortete Eugen.

"Ja wohl ja wohl!" sagte der Pastor. "Sie haben recht, ich bin ein ganzer Kerl. Mich wundert sehr, daß mit nicht schon Flügel auf den Schultern gewachsen sind. — Sagen Sie mir nun aber ehrlich, Herr von Plümmeran, würden Sie mich nicht für einen hämmerlichen Kerl halten, wenn ich nicht so handele?" — Ich sehe es an Ihren Augen, Sie würden es tun, und ich bin Ihnen gut dafür. Also was reden, was lobpreisen Sie denn? Wenn jemand einfach seine Pflicht tut, so soll man ihn nicht dafür lobhüdeln, das ist eine Sünde gegen die Wahrheit, gegen den heiligen Geist. Und doch nur meine Pflicht ist das steht schon sehr zur Frage. — Doch kommen Sie nach Haus. — Gott hilf Leute!"

Meine Sophie hat mit gestern abend allerletzt von Ihnen erzählt", fuhr Wolf fort, während sie dem Pfarrgehöft zugehörten.

"So?" fragte Eugen gleichgültig. Doch plötzlich erinnerte er sich zu einer Frage, welche er bereits geräumte Zeit auf den Lippen gehabt, aber nicht ausgesprochen gewagt hatte. "Haben Sie nur eine Tochter? Ich sah gestern doch zwei Damen."

"Ich habe nur die eine, die Sophie. Der Schwarzkopf ist mein Bleibekind."

"Ihre Bleigetochter scheint ein vorzessliches Mädchen zu sein," sagte Eugen kuriose.

"Das ist sie", erwiderte Wolf. "Sie traten ins Haus. Der Pastor führte seinen Gast in die Staatsküche, die höchst einsam mobiliert war. Über alles war ungewöhnlich häuber, die ungemalten Dielen des Fußbodens glänzten von Fett und Wachs, an dem braunen Fachboden krabbelten die messingenen Kleiderhaken und Lüren wie frisch poliertes Gold, und die Vorhänge schien erst aus einer Marabließ gekommen zu sein. Auf den Fensterbänken standen blühende Gemüse und an den Wänden hingen einige alte, gute Küchenstücke, meistens Porträts großer Menschen: Washington, Luther, Mozart, Pascal, Rousseau, Cromwell und William von England, sobald man da, auch ein kleines, Joneses Bild der Jungfrau von Taen, der Charlotte Gordon.

"Ich will meine Frau rufen", sagte der Pastor und ging hinaus, kehrte jedoch bald mit Weib und Tochter zurück.

(Fortsetzung folgt.)

politik der preußischen Regierung und wir hoffen Vertrauen zu dem neuen Staatssekretär des Auswärtigen. Die besseren Beziehungen zum Auslande erfüllen uns mit Genugtuung. Auch Frankreich und England legen Wert auf gute Beziehungen zu Rußland. Wir verurteilen auf das entschiedenste die Pöbelreien des "Vormärts" gegen den Baron. (Bravo! rechts.) Herr Speck sprach zugunsten einer Annäherung zwischen Zentrum und Nationalliberalen. Die Zeit der Antimodernistendekrete und der Vormärz-Enzyklika ist dazu ein ungeeigneter Zeitpunkt. (Sehr richtig! b. d. Liberalen.)

Die Wahl in Fabian-Wehlan

beweist, daß die Bevölkerung des konservativen Parteiregiments überdrüssig ist. Nur durch die liberale Reform, wie nach Jena, kann das Vertrauen des Volkes zurückgewonnen werden. (Lebhaft. Weißfahl b. d. Natl.)

Reichskanzler von Bethmann-Hollweger: Ich möchte nunmehr einige Ausführungen über die auswärtige Politik machen. Den leitenden Staatsmännern der beiden verbündeten Mächte danke ich für die warmen Worte vor Ihren Parlamenten. Über unser Verhältnis zu England habe ich folgendes zu erklären: Die großbritannische Regierung hat wiederholt den Gedanken Ausdruck gegeben, durch eine vertragliche Festlegung der Flottenstärke eine Beschränkung der Seerüstungen zu erreichen. Sie hat aber keinen Antrag gestellt, der zu einer positiven Annahme oder Ablehnung führen könnte. Wir begegnen uns mit England in dem Wunsche, Rivalitäten bei den Rüstungen zu vermeiden und glauben, daß dies am besten durch eine ehrliche und offene Aussprache über das, was man will, herbeigeführt wird. Was unser Verhältnis zu Russland betrifft, so sind die Herzherausammlungen und die Besprechung der Regierungskreise harmonisch verlaufen. In dem Gedankenaustausch der Leiter der Politik liegt der Wert derartiger Besprechungen. Das Resultat der letzten Zusammenkunft ist, daß sich beide Regierungen in keinerlei Kombinationen einlassen werden, die eine aggressive Spiege gegen die andere haben. Russland und Deutschland sind in gleicher Weise an der Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes am Balkan interessiert. Russland hat in Persien unsern Handel nicht verhindert sondern gefördert. Wir haben mit Russland das gleiche Interesse an der Ruhe und Ordnung in Persien, und wir haben gern zugegeben, daß Russland als Grenznachbar in Nordpersien einen besonderen Einfluss eingeräumt wird. Die entstandenen scheinbaren Mißverständnisse sind beseitigt und das alte vertrauensvolle Verhältnis zwischen Russland und Deutschland ist gesichert und bestätigt. (Bravo! rechts!)

Dr. Wiemer (FDP): Wir sind zu praktischer Mitarbeit bereit, aber die tiefen Gegensätze zwischen den Parteien können nicht verwischt werden, sondern müssen ausgetragen werden. Die Versprechen in bezug auf die Witwen- und Waisenversicherung sind nicht gehalten worden. Bemerkenswerterweise hat der Kanzler über die Versicherung der Privatbeamten geschwiegen, ebenso über

die Reform des preußischen Wahlrechts!

(Sehr wahr! links.) Der Reichskanzler über sieht ganz die Feindseligkeiten der heutigen Wirtschaftspolitik, die doch sogar Herr Bück vom Zentralverband deutscher Industrieller kennt, der auf die Notwendigkeit der Herabsetzung der Lebensmittelzölle hingewiesen hat. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Kanzler meint, eine Göttlerdämmerung werde auch nach den nächsten Wahlen nicht kommen. Wir haben ja in Deutschland mehr Dämmerung als Götter. (Sehr gut! und Heiterkeit links.) Über den konstitutionellen Ausbau unserer Verfassung hat sich Herr von Bethmann nicht geäußert, der bei der Kaiserinterpellation der Sozialdemokratie zurückgewichen ist hinter die vom Fürsten Bülow gezogene Linie. (Sehr wahr! links.) Er behauptet, kein Werkzeug einer Partei zu sein; aber seine Politik und die ganze Regierungspolitik passt sich vorzüglich in den Kurs des schwarz-blauen Blocks ein. Von den Landräten in

Fabian-Wehlan

ist gradezu unglaubliches geleistet worden. Mit Genugtuung verzeichnen wir die Kanzler-Eklärung gegen Ausnahmegerüste; hoffentlich bleibt er dabei fest. Wir bedauern und verurteilen die Verquälung der Justizreform mit der Bekämpfung der Sozialdemokratie. Die Redewendung des Reichskanzlers von der Kooperation der Sozialdemokratie und der fortschrittlichen Volkspartei liegt ganz im reaktionären Sinne. Ein solches Gerede ist lächerlich. Die Volkspartei ist und bleibt eine Gegnerin der Sozialdemokratie. Wir missbilligen die Moabit-Polizei; aber der Kanzler sollte sich hüten.

derart in ein schwedendes Verfahren einzutreten.

(Sehr wahr! links.) Wir müssen erst abwarten, wie der Prozeß ausgeht; jedenfalls ist bei einem großen Teil des Publikums, die der Polizei günstige Einstellung längst verschlagen. — Die Sozialdemokratie bekämpft man am besten durch Bekämpfung der Ursachen der Unzufriedenheit. Bei der Finanzreform handelt es sich nicht um die geforderte Summe, sondern um die Verteilung der Steuern und da würde ich mich darüber, daß der Kanzler kein Wort des Bedauerns über den Fall der Geschäftsschluß gehabt hat. Bei der Finanzreform haben Konservative und Zentrum ein sinnloses Spiel mit den Interessen der Monarchie und des Landes getrieben. — Die Ereignisse bei der Veräußerung des Tempelhofer Feldes sind sehr bedenklich. Der Redout wird mit dem Staatssekretär Verhandlung einen warmen Nachruf und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß der neue Staatssekretär des Auswärtigen Amtes eine vorsichtige Politik treiben möge. Der Außenminister darf nicht überschreiten, daß der Vormärz-Zeitungslagekeit hat unsere Diplomatie keineswegs gut abgeschafft. (Baron im Zentrum) Siegerisch der Bevölkerung. Kaiserreich ist dem Zentrum der Kamm geblieben. Da wird die Justizreform der Jesuiten als bevorstehender Thronsturz verlangt, obwohl eben erst in Portugal der von Jesuiten gestaltete Thron zusammengebrochen ist. (Sehr wahr! links.)

Auf das Reisenjahrhundert der Sammlungspolitik lassen wir uns nicht ein.

Der Kampf gegen die Sozialdemokratie führen wir am besten, wenn wir die reaktionäre Politik bekämpfen. Wir möchten selbst Antwort haben auf die Frage:

Wann wird der neue Reichstag gewählt?

Bei dem Ende des letzten Jahres hat der auf Ballons programmierte Reichstag seine Eröffnungsberedigung unterbrochen. Wir möchten das möglichst bald die Wiederholung über die Reichstagspolitik fordern. (Benzell links.)

Zur Sicherheit von Camp-Wiesmann (Re): Die Reichspartei hat sich am Ballonfest zum Tag der Eröffnung aus reaktionärer Gründen bereitgestellt. (Bravo! rechts.) Die Sicherheit erfordert jedoch, weil erst die Liberalen bis auf die Reichstagsbälle eingetragen. Mit neuen Sicherheitsmaßnahmen sollte die Sicherheit möglichstet. Man sollte nicht die Sicherheit für einen schaffen. Das soll nicht die Sicherheit haben. — Die Sozialdemokratie geht eine Sicherheitspolizei vor. (Lachend. Gieß rechts!) Aber darüber steht sie dann ihre Sicherheitspolizei abgeschrägt. Wenn der Kanzler Sicherheit erfordert, dann müssen wenigstens die Sicherheitspolizei angebracht werden. Der Reichs-

Kanzler mag sich an den preußischen Ministerpräsidenten wenden, damit dieser die Staatsanwaltschaft zu schnellerem Einschreiten veranlaßt. Es ist betrüblich, daß in Moabit nur unschuldige Verführte auf der Anklagebank sitzen, nicht die eigentlichen Alteure.

Die Begnadigung der Bonner Borsussen unterliegt nicht der Reichstagskritik.

(Widerspruch links.) Es war ja auch nur grober Unfug. (Abg. Huie ruft: Bei Arbeitern wäre es anderes gewesen.) Die ganze Intelligenz und Kultur kämpft gegen die Sozialdemokratie. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Weißfahl rechts.)

Hierauf verzogt das Haus die Weiterberatung auf Montag 2 Uhr.

Schluß 5/4 Uhr.

Der amerikanische Gewerkschaftskongress.

Die Präsenzliste ergibt die Anwesenheit von 358 Delegierten, die 94 Landes-, 28 Staats- und 84 Stadtverbände vertreten. Ferner sind als Gäste, denen aber nach alter Sitte ebenfalls Stimmrecht eingeräumt wird, zwei Vertreter des englischen Gewerkschaftskongresses und ein Vertreter des kanadischen Gewerkschaftskongresses anwesend. Unter den sonstigen offiziell aufgeführten Gästen befinden sich auch je ein Vertreter des "Verbandes der christlichen Kirchen," wie auch des "Amerikanischen Bundes der katholischen Vereinigungen." Nach einer Reihe von Begrüßungsansprachen, darunter auch der des Bürgermeisters von St. Louis, erfolgen die Wahlen von nicht weniger wie 14 besonderen Kommissionen und darauf die Verlesung der Berichte an den Kongreß, aus denen wir schon einen Auszug mitteilten. Der Kongreß tagt in der Liederkrantz-Halle, die von deutschen Vereinen der Stadt errichtet ist.

Der Bericht vom kanadischen Gewerkschaftskongress gibt Veranlassung zur Ernennung einer besonderen Kommission, die sich mit der Frage der Beziehungen der kanadischen Gewerkschaftsbewegung zu der der Vereinigten Staaten beschäftigen soll. Darauf werden eine Reihe eingelaufener Anträge kurz begründet und an die verschiedenen Kommissionen verwiesen, darunter ein Antrag auf Errichtung eines gewerkschaftlichen Pressebüros, ferner ein Antrag, der die Schaffung einer Organisation der unständigen Arbeiter und Wanderarbeiter will, da diese bisher von allen Gewerkschaften zurückgewiesen und dadurch zu Gegenern der Gewerkschaftsbewegung werden. Weitere Anträge verlangen Regelung der Seemannsgesetzgebung, Reorganisation oder Auflösung des Mühlenarbeiterverbandes, Schaffung einer Organisation für die Gasarbeiter, Vereinheitlichung der Gewerkschaftsmärkte, die jetzt in jedem Verbande eine andere ist, Anstellung von Agitatoren. Durchführung von Boykotts usw. Unter den verlesenen Begrüßungsschreiben wird besonders das des internationalen Sekretärs und Vorsitzenden der deutschen Generalkommission, C. Legien, mit Beifall aufgenommen.

Das New Yorker Gewerkschaftskartell, der jüdischen Gewerkschaften berichtet, daß seine Mitgliederzahl innerhalb anderthalb Jahren von 8000 auf rund 150000 gestiegen ist. Der Direktor der Budd-Osen-Gesellschaft, mit der die Gewerkschaften fürstlich nach langem Kampfe Frieden schlossen, hat den Delegierten Geldbörsen als Souvenir zur Verfügung gestellt, die dankend angenommen wurden. Ein Vertreter der Gewerkschaften in Los Angeles gibt einen ausführlichen Bericht über die dortigen Arbeiterkämpfe, sowie über die Explosion in dem Gebäude eines Scharfmacherblattes, die jetzt, trotzdem es sich offensichtlich um eine Gasexplosion handelt, als ein "organisiertes Komplott" gegen die Arbeiterschaft ausgespielt wird. Unter den zahlreich einlaufenden Anträgen befindet sich auch der Antrag, anlässlich der Weltausstellung 1915 in San Francisco einen internationalen Gewerkschaftskongress abzuhalten; ein anderer verlangt, die Organisierung der Bureau-Angestellten der Gewerkschaften! Der Kongreß beschäftigt sich weiter mit den Streitigkeiten der beiden Elektro-Organisationen, deren Schlichtung schließlich dem Bundesvorstande überwiesen wurde, der eine Wiedervereinigung in die Wege leiten soll. Die eigentliche Arbeit des Kongresses vollzieht sich in den Kommissionsverhandlungen, deren Ergebnisse dem Kongreß in den letzten Tagen zur Entscheidung vorgelegt werden.

Auf Antrag der Kommission werden eine Reihe von Anträgen, die die Anstellung von Agitatoren verlangen, dem Zentralvorstande zur Berücksichtigung überwiesen, doch wird von diesem darauf hingewiesen, daß die Finanzen des Gewerkschaftsbundes weitere Anstellungen nicht gestatten, wenn nicht für neue Einnahmequellen gesorgt werde. Für die unzähligen Wanderarbeiter und unständigen Arbeiter soll bald eine besondere Organisation geschaffen werden. — Um die Beziehungen der organisierten Arbeiterschaft zu den Farmer noch fester zu gestalten, wird beschlossen, zum nächsten Kongreß des großen Farmerverbandes eine Delegation zu entsenden. — Der Antrag des Schneiderverbandes, der Organisation der Arbeiterinnen mehr Aufmerksamkeit zu widmen und hierfür besondere weibliche Kräfte einzustellen, wird dem Zentralvorstande zur Berücksichtigung überwiesen. Ganz energisch protestiert der Kongreß bei dem Berichte der Revolutionen-Kommission gegen eine von den Eisenbahngesellschaften bei der Regierung beantragte Erhöhung der Frachtzölle, die jetzt schon ganz riesige Summen abwerfen. Eine Reihe einzelner Schuhmäzregeln für Arbeiter werden in anderen Resolutionen vom Parlamente verlangt, so der Arbeitstag für Postbeamte, Schuhvorschriften für Stoßarbeiter, eine Seemannsordnung usw. Überhaupt fehlt in den meisten Anträgen die Tendenz wieder, irgend etwas für einen speziellen Betrieb oder Ort herauszuschlagen.

Der beantragten Errichtung eines gewerkschaftlichen Pressebüros stimmen Borsig und Kongreß zu. Der Anti-Tuberkulose-Kommission des "Roten Kreuzes" pricht der Kongreß Anerkennung aus und empfiehlt ihre Unterstützung.

Eine lange und erregte Debatte rief ein Antrag des New Yorker Gewerkschaftskartells hervor, der die Reorganisation des Gewerkschaftsbundes und dazu die Ernennung einer besonderen Kommission verlangt, damit die gegenseitige Hilfeleistung der Verbände und ihre Zusammenarbeit besser werde. Nachdem auch Compers gegen den Antrag gesprochen wurde, wurde er abgelehnt. — Die Lebensmittelsteuer veranlaßte die Annahme einer Resolution, die sich gegen die hohe Belastung der Margarine wendet.

Ein Antrag, anläßlich der geplanten Weltausstellung bei der Eröffnung des Panamakanals im Jahre 1915 einen internationalen Arbeiterkongress zu veranstalten, wird vertagt, da Ort und Zeit der Ausstellung noch nicht feststehen. — Das Andenken an diejenigen, die während des Krieges ums Leben gekommen sind, wird durch Gedenken von den Ehren und durch eine feierliche Reliktion gesetzt.

Der Kongreß lädt darauf in der Verhandlung über die nachstehenden Maßnahmen fort. Erst leider, daß die Errichtung einer besonderen Abteilung für Ausbildung im Ministerium des Innern verlangt wird beim Zentralvorstand überwiesen, der jetzt den Antrag erhielt, zu untersuchen, ob durch den Staatstaat verschiedene Subjekte aus europäischen Ländern als Arbeiter importiert werden. Das Ergebnis der Untersuchung soll dann in allen Ländern bekannt gegeben werden.

"Weil der Bau von Kanälen vielen Arbeitern Beschäftigung geben würde," soll der Bau einer Wasserstraße von den großen Seen zum Meere gefordert werden, nachdem Compers darauf hingewiesen hatte, daß die Forderung auch im öffentlichen Interesse gerechtfertigt sei. — Mit Genugtuung nahm der Kongreß Kenntnis von dem Anschluß von Lehrerorganisationen an den Bund, und wurde diesen jeder Unterstützung zur Erlangung besserer Gehaltsverhältnisse gesagt.

Auf Grund des Berichtes der Kommission wurde der Antrag auf Schaffung einer Legitimationskarte für alle Gewerkschaftsmitglieder, mit der ihr Übertritt zu den anderen angeschlossenen Gewerkschaften erleichtert werden sollte, abgelehnt, wie auch zahlreiche Anträge, nach denen alle Gewerkschaftssektionen verpflichtet sein sollen, sich ihren zuständigen Ortskartellen und Staatsverbänden anzuschließen, doch sollen die Verbände ersucht werden, in diesem Sinne zu wirken.

Mit der Organisation in Kanada beschäftigt sich eine Resolution, die den kanadischen Gewerkschaftskongress als die beratende Behörde in allen politischen Angelegenheiten des Landes anerkennt, im übrigen aber den Centralverbänden auch in Kanada volle Autonomie sichert, die sich, obwohl sie alle dem amerikanischen Gewerkschaftsbunde angehören, auch dem kanadischen Kongreßkomitee anschließen können.

Die Moabiter Polizeischlachten vor Gericht.

Die Sitzung am Sonnabend beginnt mit der jetzt schon fast stereotypen Erklärung des Staatsanwalts, neue Ermittlungen des Polizeipräsidenten hätten ergeben, daß von Beamten keine Ausschreitungen vorgekommen seien, die Zeugen müßten sich getzt haben. Diesmal richtet sich die Ermittlungen gegen die Bekundungen des Zeugen Frost, jenes Arbeiters von Siemens, der der gelben Gewerkschaft angehört und den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu seiner Lebensaufgabe gemacht hat, der aber doch von schweren Ausschreitungen der Polizeibeamten Zeugnis ablegte.

Der Zeuge Buchhalter Bars, ein Kronzeuge des Staatsanwalts, erzählt: er habe in der Sitzungstraße einen Mann eine Ansprache an die Menge halten sehen; des Mann, der ihm ein Agitator zu sein scheint, forderte die Menge auf, sich zu bewaffnen und dann gegen die Polizei vorzugehen. Er sagte den Leuten auch, wie sie sich verhalten möchten; sie müßten in zwei Gruppen vorgehen, das erste Glied müßte auf den Leuten liegen, das andere aufrecht stehend schiessen. Staatsanwalt Heine fragt, ob der Mann nicht den Eindruck eines Hanswurfs gemacht habe, und als der Zeuge das verneint, bemerkt Heine, es war aber einer. Der Präsident erklärt solche Bemerkungen für unzulässig. Heine erwidert, die Bemerkung sei bestimmt für die Staatsanwaltschaft, die einen Zeugen lädt, um solche Räubergeschichten zu beurteilen. Einige andere Zeugen, die von der Verteidigung geladen sind, beladen Ausschreitungen der Polizeibeamten. So ist ein Arbeiter ohne ersichtlichen Anlaß bestellt und auf der Wache mishandelt worden. Er hat auch gesehen, daß ein anderer auf der Wache mishandelt wurde. Ein Zigarrenhändler aus der Sitzungstraße sah von seinem Geschäftskloster aus, wie ein Schüppel von einem Polizeioffizier auf das schwere mit dem Säbel mishandelt wurde. Dabei war in jenem Augenblick von einem Auflauf auf der Straße nichts zu merken.

Im weiteren Verlauf wechselten Belastungszeugen und Entlastungszeugen in dritter Reihe ab, wobei als charakteristisch hervorzuheben ist, daß die Belastungszeugen, die sich offenbar auf den Aufruf des Polizeipräsidenten gemeldet haben, fast durchweg Beamte, oder Frauen von Beamten sind, u. a. befürwortet eine Zeugin, die Frau eines Kirchendiener, als sie eine Abende gegen 7 Uhr nach Hause kam, habe sie gesehen, daß einzelne Leute von Polizisten und nachher von Kriminalbeamten geschlagen sind. Sie selbst wurde mit Blöße und Not durch eine Schuhmannskette durchgelassen. Später kam ein Offizier auf sie zu und fragte sie, was sie da zu tun habe. Auf ihre Antwort, daß sie dort wohnt, sagte der Offizier: Wissen Sie denn nicht, daß in Moabit Aufruhr ist. Sie freches Weib. Anständige Frauenzimmer treiben sich um diese Zeit nicht auf der Straße herum. Der Zeugin werden sofort einige Offiziere gegenübergestellt, es zeigt sich aber, daß das nicht die richtigen sind.

Ein Bärber, der seinen Freund in Moabit besuchte, suchte eine Befürnißanstalt auf. In der Anstalt fielen zwei Schuhleute über beide her und rütteten sie mit dem Säbel so zu, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten, wo der eine 18 Tage, der andere 6 Wochen gelegen hat. Dieser Zeuge hat auch beobachtet, daß auf der anderen Seite der Straße ein Herr, der ruhig seines Weges ging, von Schuhleuten geschlagen wurde und daß ein Beamter ihm zuschrie: Was treibst Du Dich hier herum. Du Saukerl.

Der Oberpostassistent Hahn stellte den Schuhleuten ein gutes Zeugnis aus. Er sagt u. a. er wisse nicht, ob aus den Fenstern geworfen oder ob etwas heruntergefallen sei. Die Verteidigung stellte sofort fest, daß er nach dem polizeilichen Protokoll direkt gesagt hat, es ist etwas heruntergefallen. Der Zeuge bestreitet das — wieder ein Beweis für die Unzulässigkeit der polizeilichen Protokolle.

Ein Kellner Baumann ist ruhig seines Weges gegangen. Da sah er, wie vor ihm ein junger Mann von Beamten mit dem Säbel geschlagen wurde. Er selbst machte vor Erschrecken sofort kehrt und nun bekam er und ein ihn begleitender Freund von einem Polizeieinsatz. Siehe mit dem Säbel. Die Straße war ganz menschenleer.

Ähnlich ist die Aussage eines Kaufmannes, der mit seiner Schwiegermutter einen Besuch machen wollte und von Leuten in Zivil geschlagen wurde. Diese Leute standen zu dem Beamten mit uniformierten Beamten; er vermutet deshalb, daß es Kriminalbeamte waren. Seine Schwiegermutter hat gleichfalls Schläge bekommen. Auch in diesem Falle war die Straße fast ganz menschenleer.

Zwei Zeugen sagten aus, daß ein Leutnant nach einem Mann, der unter einem Wagen geflüchtet war, mit dem Säbel gestochen hätte. Der Leutnant holte, der Mann fuhr für in Freiheit kommen kann, bestreitet das. Die beiden Zeugen werden ihm gegenübergestellt; sie wiederholen ihm ihre Aussage ins Bild und behaupten mit großer Bestimmtheit, daß er der betreffende Person war. Leutnant Holte aber bleibt bei seiner gegenteiligen Behauptung. Ein Schuhzur zu schaffen, sollen noch weitere Zeugen des Vorfalls geladen werden.

Die Frau eines Steuerbeamten und ein anderer Beamter gaben ihre Verwunderung über das ruhige Verhalten der Schuhleute Ausdruck, die obwohl sie von der Waffe geschlagen wurden, nicht geschlagen hätten.

Am Montag wird die Beweisaufnahme fortgesetzt.

Aus der Partei.

Wegen Bekleidung eines Lehrers wurde Confort Steinbach vom Kommandeur der Polizei zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Dem Lehrer war Überschreitung des Schildfahrtstisches vorgeworfen worden. Die Beweisauf-

nahme ergab, daß er einen 6½-jährigen Knaben so geschlagen, daß das ganze Gesäß schwarzblau und von Striemen durchzogen war, die auf mindestens 20 bis 25 Stockstöße schließen lassen. In einem anderen Fall hat er gleich nach dem Morgengebet ein Kind so geschlagen, daß es 50 Meter weit gesprungen ist. Trotzdem sah das Gericht den Beweis der Wahrheit nicht für erbracht an.

Gewerkschaftsbewegung.

Schärmachers Abschied. Im hochfeudalen Hotel Adlon in Berlin waren die Führer der Schärmachers Deutschlands versammelt, um ihrem verdienten Geschäftsführer Bueck ein letztes Ade zu sagen. Herr Bueck scheitert aus seinem Amt als Generalsekretär des Centralverbandes Deutscher Industrieller; zu seinem Nachfolger wurde der Regierungsrat Dr. Schweighoffer bestimmt. Noch einmal erstattete Bueck den Geschäftsbereich und noch einmal lädt er den ganzen Haß, den er der Arbeiterbewegung im allgemeinen und der Sozialdemokratie im besonderen im Laufe seiner 31jährigen Tätigkeit entgegengebracht hat, sprühen. Zuerst rechnet er mit dem Bund der Industriellen ab, denn er ein ungewöhnliches Maß von bösem Willen und bewußter Verlogenheit zum Vormarsch mache. Dann kommt ein Kompliment an die Landwirtschaft und nun geht Herr Bueck zu seinem Lieblingsthema über, zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Den versammelten Industriellen hält er vor, daß ihre Opferwilligkeit noch lange nicht mit der verglichen werden könne, die in den Reihen der Sozialdemokratie üblich sei. Nicht einmal zur Errichtung eines Breslubureau habe der Centralverband bisher die Mittel flüssig machen können. In den schreitenden Farben malte Herr Bueck sodann das „rote Gespenst“ an die Wand. Die Vorgänge in Moabit hätten gezeigt, daß die rote Partei vor einem blutigen Aufmarsch nicht zurückstehen. Dann schildert er die Niederlagen, die die Arbeitgeber in diesem Jahre erlitten haben: Zuerst bei der Ausperrung im Baugewerbe, ein Kampf, der aufgenommen wurde, obwohl der Arbeitgeberkund für das Baugewerbe auch nicht über einen Pfennig Geld verfügen konnte. Der Metallarbeiterstreik auf den Schiffswerften habe mit einer Niederlage der Werften endet und auch der Streik der Straßenbahner in Bremen endete mit einem Sieg der Arbeiterschaft. Das zeigt, daß es der deutschen Industrie zurzeit noch an der nötigen Opferwilligkeit in solchen Lagen und an den festen unbeweglichen Willen fehle, die Gewerkschaften niederzuzwingen. Der Redner teilt mit, daß das Directorate des Centralverbandes von der Regierung strengere Strafbestimmungen gegen sozialdemokratische Ausschreitungen verlangt habe. Seine Hoffnung, daß die Vertreter der Landwirtschaft selbst eine Ermächtigung der Lebensmittelzölle beantragen würden, sei durch die lezte Rede des Dr. Hahn leider zerstört worden. Man müsse damit rechnen, daß der Bund der Landwirte die Industriegüter bekämpfen würde, wenn der Landwirtschaft nicht noch höhere Zölle bewilligt würden. Der nachfolgende Redner, Regierungsrat Dr. Schweighoffer, erwies sich als ein gelehriger Schüler des Herrn Bueck, er schlug in dieselbe Kerbe wie sein Herr und Meister. — Um Herrn Bueck das Scheiden aus seinem Amt zu versüßen, wurde mitgeteilt,

dass eine Bued-Spende gesammelt worden sei, die bisher den Betrag von 700 000 Mark ergeben habe.

Die Lohnbewegung der Breslauer Uniform-Maschneider endete mit dem Abschluß eines dreitägigen Tarifes, der bis 31. März 1914 Gültigkeit hat. Durchweg erfolgt eine Aufbesserung der Löhne um 10 bis 20 Prozent. Beteiligt an der Bewegung waren der Centralverband der Schneider und der christliche Schneiderverband, die gemeinsam vorgingen.

Zum Streik auf der Grube Donnersmarck in Thalwig bei Mybnitz. Die Ursache für die Arbeitsniederlegung ist darin zu suchen, daß die Verwaltung die Schichtzeit von 8 auf 10 Stunden täglich verlängerte, ohne dafür mehr zahlen zu wollen und ohne mindestens 14 Tage vorher die Arbeiter davon in Kenntnis zu setzen. Deshalb brach am Montag den 5. Dezember er ein allgemeiner Streik in dieser Grube aus, der unverändert fortduert. Die Verwaltung will nicht nachgeben. Die Streikenden fordern eine Lohnerhöhung auf 10 Proz. ab 1. Januar 1911. Es befindet sich in der Hauptlaube um organisierte Arbeiter. Die Belegschaft zählt ca. 700 und Streikende sind ca. 20 Mann pro Schicht. Die Grube hat sehr schlechtes Gebirge und darf der Streik keine 14 Tage dauern, sonst liegt alles zu Bruch.

Soziales.

Der Krankenkassenkampf in Halle. Der Magistrat der Stadt Halle a. S. hat über den Kopf der Krankenkassen hinweg mit den Ärzten einen Vertrag auf die Dauer von 10 Jahren und auf der Basis der freien Kastenwahl abgeschlossen. Der Vertrag tritt sofort in Kraft. Die städtische Gesundheitskommission hat ihr Urteil dahin abgegeben, daß es den Ortskrankenkassen nicht gelungen ist, die Mitglieder in genügender Weise mit ärztlicher Hilfe zu versorgen.

Aus dem Gerichtssaal.

Auseinandersetzung zum Klosterhof. Der Redakteur des polnischen Blattes *Wiaruski Wolsti* wurde zu 200 Mk. Geldstrafe verurteilt, weil er ein Gedicht abgedruckt hatte, das seit 50 bis 60 Jahren in zahlreichen Versammlungen und vor nicht langer Zeit sogar mit Genehmigung der Polizei in einer Versammlung gefangen wurde.

Militaria. Das Kriegsgericht in Bielefeld verurteilte den Reservisten Klöppeling, der am 28. Oktober mit dem Seitengewehr eine Person erschossen und eine zweite schwer verwundet hatte, zu 12 Jahren Zuchthaus.

Aus Nah und Fern.

Dampferzsunnenstof auf der Oberspree. In der Nähe von Rummelsburg sind auf der Oberspree infolge des Nebels zwei Schleppdampfer zusammen gestoßen. Der eine Dampfer ist gesunken. Ein Bootsmann, der sein siebenjähriges Kind retten wollte, ist bei dem Versuch mit dem Kind ertrunken.

Von Stahlwerk verbrant. In der Stahlfabrik des Bodenwerder Vereins für Bergbau und Stahlfabrikation ereignete sich Sonnabend nachmittags ein schweres Unglück. Beim Viezen von sogenannten Stahlketten löste sich plötzlich an einer mit 18 000 Kilogramm schwere Stahlkette die Aufhängung und die Gleekanne fiel herab. Dreierweise der Vorarbeiter Henckel und die Arbeiter Schärmacher und Koch wurden von der in Weißglut befindlichen Stahlkette überrollt. Sie verbrannten bis lebendigem Leibe. Bis jetzt konnten die Überreste des am Leben Gebliebenen nicht geborgen werden. Dem Arbeiter soll gelang es im letzten Augenblick zur Seite zu springen. Er erlitt aber sehr schwere Verbrennungen und mußte nach Anlegung eines Notverbandes ins Krankenhaus gebracht werden. Hier ist er bald darauf gestorben. Eine Kugel anderer Arbeiter wurde durch Stahlkettengelenk leicht verletzt. Ein Verschulden der Arbeiter scheint bei dem Unfall nicht vorgelegen zu haben; es ist anzunehmen, daß ein ungünstiger Zufall mitgewirkt hat.

Mit den Kindern in den Tod. Eine blutige Familienschrecke hat sich in Wien abgespielt. Die Gattin eines Hauptmanns erschoß ihre beiden Kinder im Alter von sechs und vier Jahren und sich selbst. Die Frau war im vergangenen Sommer operiert worden und fürchtete, sie abermals einer Operation unterzubringen zu müssen. Der Hauptmann befindet sich augenblicklich auf einer Dienstreise und konnte von dem Vorfall noch nicht benachrichtigt werden.

Die gehohlene Verfassung! Das Original der ersten bulgarischen Verfassung vom Jahre 1878, mit den Unterschriften des ersten bulgarischen Fürsten Alexander von Battenberg sowie der damaligen Minister und Abgeordneten versehen, ist aus dem Kassenkasten der Sobranje gestohlen worden. Die bis jetzt geheime Untersuchung hat ergeben, daß der Diebstahl bereits vor ungefähr Jahren verübt worden ist. Man rechnet mit der Möglichkeit, daß eine neue Konstituante eindringen werden wird, um ein neues Verfassungsdocument zu redigieren. — Ein sehr probates Mittel, ein gegebenes Gutachten abzusetzen. Vielleicht nimmt sich die „Kreuzzettung“ und ähnliches Gedicht, das jetzt so inbrünft nach dem Staatsstreich rüstet, den Vorgang zum Rüstes, um auf so einfache Weise die deutsche Reichsverfassung zu beseitigen.

Grubenkatastrophe in Nordamerika. Eine schwere Grubenexplosion meldet der Telegraph aus Kanada. In den Westkanadischen Kohlenbergwerken bei Calgaray sind durch eine Explosion 40 Bergleute verschüttet worden. Bis Mitternacht gelang es den Rettungsmannschaften, von den Verschütteten 18 zu bergen; am andern von ihnen sind tot, von den übrigen sind mehrere schwer verletzt. Über die Ursachen der Explosionen liegen Mitteilungen nicht vor.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. **Verleger:** Ch. Schatz. **Druck:** Friedr. Meyer u. Co. **Gänstlich in Lübeck.**

Zum Weihnachtsfeste empfiehlt

braune und weiße

Pfeffernüsse ::

braune Kuchen
a. b. Lüb. Genossenschaftsbäckerei
A. Kayatz, Ernsthofstraße 20
Geb. rote Rabattnüßen.

Holzarbeiter-Verband.

Bahnhof Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

Dienstag, 13. Dezbr.

abends 8½ Uhr,

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50—52

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Koll. Bommel

über: Die Notwendigkeit der politischen Organisation.

2. Weihnachtsunterhaltungen.

3. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Verein für Gesandtschaftspflege

Dienstag, 13. Dez., abends 8½ Uhr

Vortrag-Versammlung

im Restaurant „Hohenwörth“.

1. Lehrer Kersten: Womit beschäftige ich meine Kinder?

2. Lehrer Satow: Kind u. Buch.

3. Mitteilungen.

Neues Stadttheater.

Montag, 12. Dezember, 7½ Uhr

Beginn Eröffnung des Opern Richard Pistori ist die Partie

des „Unterton“ in der heutigen Aufführung der Oper Madame Butterfly von Herrn Art. Oper

Speciajänger.

Karl Erb

vom 9. J. Stadttheater in Stuttgart in niedergelieger Wille übernommen worden.

Dienstag, 13. Dezember, 7½ Uhr

Bühnenaufführung Opernreise.

Gäste: K. Sal. Orlow, K. K. und

Karl Erb vom Stadttheater in

Tannhäuser

Große Oper von Wagner

Wittmanns Lied der Freiheit

Erwähnige Mittwoch-

1. Partie VIII, 1. 50.—2. 50.—

III, 1. 30.—Singer 1. 50.—2. 50.—

Empfangsabend

oder: Das niederrheinische

Große Gefangenspiel von Wagners

Heinr. Schmidt

Gr. Altersklasse 30.

Empfiehlt mein reichhaltiges Lager von

Zigarren-Import

Hans H. Ollrogge.

Fernspr. 2471

Heinr. Schmidt

Gr. Altersklasse 30.

Empfiehlt mein reichhaltiges Lager von

Zigarren, Zigaretten, Tabake etc.

Geben zum Weihnachtsfest zu den billigen Preisen

noch extra 6 Proz. Rabatt.

Die bekleidenden Worte, welche ich am 6. Nov. gegen den Arbeitergefangverein „Harmonia“ (Rendsdorf) ausgesprochen habe, nehme ich hiermit zurück und erkläre, daß ich diese Worte aus Unternutzung gelegt habe.

J. E. Schäfer, Rendsdorf

Geschäftliches Unter- u. Gesell-

keit preist zu vertrauen.

Unterricht 46.

Hessen, Sachsen, Württember,

sowie Südw. Sachsen

in feinster Qualität.

Zum

Weihnachtsfeste

empfiehlt

braune und weiße

Pfeffernüsse ::

braune Kuchen

a. b. Lüb. Genossenschaftsbäckerei

A. Kayatz, Ernsthofstraße 20

Geb. rote Rabattnüßen.

oder: Das niederrheinische

Große Gefangenspiel von Wagners

Arbeiterinnen

Abteilung Münchener

gesucht.

August Schärmacher

fast neue Trittbahnschne

Preis 80 Mk. zu verkaufen.

Kottbusser Straße 69.

Eine gehe Schiebkarre

billig zu verkaufen.

Kottbusser Straße 49.

Gebr. Baur

Kottbusser Straße 5.

Fernspr. 1733.

Rote Rabattnüßen od. 4% bar.

Gebr. Barg Tel.
Kohlmarkt 5 No. 1739
Lübeck.
Manufaktur- und Leinenwaren.
Aussteuer- & Artikel.
Damen- und Kinder-Konfektion.
Herren- und Knaben-Garderobe.

Erscheint
dreimal
wöchentlich

Bezugsquellen-Verzeichnis

Den Lesern bei
Einkäufen auf's
beste empfohlen

Thür. Wurst- u. Fleischkons.-Fabrik
Tel. 8971 August Scheere Tel. 8973
Holstenstr. 19. Tel. 8972.
Hütstr. 22/24. Tel. 8977.
Warendorpsstr. 21. Tel. 8974.
Breitestr. 44. Tel. 8975.
Mühlenstr. 20. Tel. 8976.
Parcevalstr. 32. Tel. 8978.

H.E. Koch Möbelhäuser
bestbekannt f. gute u. bill. Möbel- u.
Aussteuer-Lieb. Sofas, Stühle, Spieg.,
Matratzen. Musterb. gratis. Lieferf.

Billigste Bezugsquelle für
Olen, Herde, Gascooker, Grindelöfen
Adolf Borgfeldt,
Fernruf 672, Mühlenstr. 30 und 40.

Schuhwarenhaus A. Popp, Brelle-
str. 7.

G.
Stooss
Fischer-
grube 25

A. N.
Becker
Uhrammer
Uhren und
Goldwaren
Spezialität:
Trauringe
Holstenstr. 31

Piano-Magazine
Haussmann Johannestr. 14. Ver-
kauf, Vermiet., Repar.
J. W. Kalbel, geb. Pian. in all. Preis!
Empfehlensw. Restaur.
Wackitz-Strand, Lübeck, Blankstr. 11.
Gasthof am Kreuzweg.
F. Cordts, Seeretz.

Ross-Schlächter.
Heinr. Bibow, Lübeck, Hütstr. 16.
Ob. Robleischwaren.
H. Döckvöb, Sp. Ob. Robleischwaren.
J. Strobel, Sp. Loigstraße 8.
Marl. - ff. Beel-
steaks u. Gehacktes
frisch v. Ein-
Dankwartsg. 34.
Ernst Wulff, Tel. 958. Täglich
frische Scheiben und Gehacktes.
H. Wulff, Telephon 1149.
H. Jäde, Schwartzau, Ranzan-Allee 16.

Schirme u. Stöcke
E. Peterich, Pfeilen, Schwartzau.

Schreibwaren
Ang. Burmester, Lübeck, Breitestr. 31.
Carl Ehler, Schwartz. Allee 48.
Th. Lina, Glockengießersfr. 29.
M. Maxein Wwe. Moisig, Alice 40a.
Miss Paulsen, Mühlendamm 2a.
Otto Wessel, Moisig, Alice 4a.
H. Brunn, Reinfeld, Bahnhofstr. 100.

Schuhwaren
Herm. Bade, Marienstr. 2.
Baureinfeld, Mühlendamm 34.
E. Baer, Speziell für Arbeiter.
Heinr. Beckmann, Schwartz. Allee.

W. Blumenthal, Kohlmarkt, Ecke Sandstr.
Schwartzauer Allee, Ecke Geversdorff.
P. Beeck, Maß. Reparaturen.
Schwartzauer Allee 4.
Carl Buchholz, Record-Stiefel.
F. Jürgens, Schwartzauer Allee.
Alb. Meineck, Ecke Aegidienstr. 13.
H. Fehlauer, Engelsgrube 81.

Franzen & Co., str. 16.
Zum billigen Schuhladen.
Z. W. Kracht, Pfaffenstr. 15.

F. Meyer, Hüxterdamm 2.
Rud. Möller, Hartengr. 38. Repar.
Raetzi & Kremin, Georgstr. 40.
Ulf. Rehbein, Billige Bezugsquelle.
H. P. Chr. Schleuß, Schlum.-Str. 31.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
Johannes Hansen, Oldesloe.
Richard Wagner, Reinfeld.
J. Ramm, Schlutup.

Seifen, Toilette-Art.
Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Travest.
Adler-Drogerie, Schwartzau.

Stahl-, Eisenwaren
Ott. Beyer, Schleifer u. Siebmacher.
Fackenb. All. 10b.

F. Franz, Pernruf 1031.
am Markt.
Unt. Hüxtr. 7.

J. F. B. Grube, am Markt.
Carl Hartmann, Glandorpat. 2.

V. Klassendorf, Hüxstr. 11d T. 1159.
Sp. Gask., Kocher u. Platten, Bierd.-App., Bade-Eins.

W. Höhne, Neumann, Bahnhofstr. 12.
Paul Remien, Tunkenhagen 5.

Riesenbazar P. Cagna, Breitestr. 33.
Vor. Bez. Emailli.-Geschirr.

C. Rittscher Holstenstr. 34. Sp.
Gebr. Steder, Hüxstr. 95.

Manufakturwaren E. Winkelmann Nachf., Butin.
F. Vester, Neuhol. b. Reinfeld.

P. Beeck, Maß. Reparaturen.
Schwartzauer Allee 4.

C. Rittscher, P. Cagna, Breitestr. 33.
Vor. Bez. Emailli.-Geschirr.

Möbelmagazine Gustav Busch, Lübeck, Alstr. 21.
Vorleih. Bezugs-Qu.

Carl Folkers, Marlesgr. 25. Fern-
Preise, Weltgest. Garant.

L. Duve, Ob. Burgstr. 32.
Feldmeler, Stumpf & Elberfeld.

F. Jürgens, Schwartzauer Allee.
Alb. Meineck, Ecke Aegidienstr. 13.

Hans Struve, Königstr. 89.
Tunkenhagen 1.

Theodor Vagt, Tunkenhagen 1.
Behrens, Butin.

P. Putzsch, Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.

J. Zimmermann, Malente, Bahnhofstr.

Johannes Hansen, Oldesloe.

Hugo Lüth, Reinfeld, Bahnhofstr.

H. Hoffmann, Reinfeld, Bahnhofstr.

H. Burmeister, Schlutup, Lüb.-Str. 66.

H. Ringer, Schwartzau.

Tapeten, Linoleum Carl Bouleke, Königstr. 48. Tapeten-Reste.
Fritz Rehm, Beckenbrücke 20.
E. Niese, Schwartzau, Lüb.-Str. 52.

Tricot., Strumpfw. E. Ehler, Lübeck, Breitestr. 25.

H. Hornbogen, str. 71.

Friedr. Wihl, Koch, Holstenstr. 7.

Hans Struve, Königstr. 89.

Carl Bock, Hinhausen 22.

Spezialgeschäft für Strickerei.

Uhren, Goldwaren Gustav Bernhardt, Lübeck, Hütstr. 25.

August Büttner, Uhrmacher, Hütstr. 32.

Ernst Gentzen, Königstr. 62.

Heinr. Jansen, Kohlmarkt 17.

Th. Köhler, Untertrave 69.

Carl Lüneburg, grube 5.

Georg Ress, Hüxstr. 22/24.

Bruno Schmidt, Hüxstr. 77.

Hans Struve, Königstr. 89.

Carl Bock, Hinhausen 22.

Spezialgeschäft für Strickerei.

Uhren, Goldwaren Gustav Bernhardt, Lübeck, Hütstr. 25.

August Büttner, Uhrmacher, Hütstr. 32.

Ernst Gentzen, Königstr. 62.

Heinr. Jansen, Kohlmarkt 17.

Th. Köhler, Untertrave 69.

Carl Lüneburg, grube 5.

Georg Ress, Hüxstr. 22/24.

Bruno Schmidt, Hüxstr. 77.

Hans Struve, Königstr. 89.

Carl Bock, Hinhausen 22.

Spezialgeschäft für Strickerei.

Uhren, Goldwaren Gustav Bernhardt, Lübeck, Hütstr. 25.

August Büttner, Uhrmacher, Hütstr. 32.

Ernst Gentzen, Königstr. 62.

Heinr. Jansen, Kohlmarkt 17.

Th. Köhler, Untertrave 69.

Carl Lüneburg, grube 5.

Georg Ress, Hüxstr. 22/24.

Bruno Schmidt, Hüxstr. 77.

Hans Struve, Königstr. 89.

Carl Bock, Hinhausen 22.

Spezialgeschäft für Strickerei.

Uhren, Goldwaren Gustav Bernhardt, Lübeck, Hütstr. 25.

August Büttner, Uhrmacher, Hütstr. 32.

Ernst Gentzen, Königstr. 62.

Heinr. Jansen, Kohlmarkt 17.

Th. Köhler, Untertrave 69.

Carl Lüneburg, grube 5.

Georg Ress, Hüxstr. 22/24.

Bruno Schmidt, Hüxstr. 77.

Hans Struve, Königstr. 89.

Carl Bock, Hinhausen 22.

Spezialgeschäft für Strickerei.

Uhren, Goldwaren Gustav Bernhardt, Lübeck, Hütstr. 25.

August Büttner, Uhrmacher, Hütstr. 32.

Ernst Gentzen, Königstr. 62.

Heinr. Jansen, Kohlmarkt 17.

Th. Köhler, Untertrave 69.

Carl Lüneburg, grube 5.

Georg Ress, Hüxstr. 22/24.

Bruno Schmidt, Hüxstr. 77.

Hans Struve, Königstr. 89.

Carl Bock, Hinhausen 22.

Spezialgeschäft für Strickerei.

Uhren, Goldwaren Gustav Bernhardt, Lübeck, Hütstr. 25.

August Büttner, Uhrmacher, Hütstr. 32.

Ernst Gentzen, Königstr. 62.

Heinr. Jansen, Kohlmarkt 17.

Th. Köhler, Untertrave 69.

Carl Lüneburg, grube 5.

Georg Ress, Hüxstr. 22/24.

Bruno Schmidt, Hüxstr. 77.

Hans Struve, Königstr. 89.

Carl Bock, Hinhausen 22.

Spezialgeschäft für Strickerei.

Uhren, Goldwaren Gustav Bernhardt, Lübeck, Hütstr. 25.

August Büttner, Uhrmacher, Hütstr. 32.

Ernst Gentzen, Königstr. 62.

Heinr. Jansen, Kohlmarkt 17.

Th. Köhler, Untertrave 69.

Carl Lüneburg, grube 5.

Georg Ress, Hüxstr. 22/24.

Bruno Schmidt, Hüxstr. 77.

offizielle Draht aus Konstantinopel meldet, liegen dort authentische Meldungen vor, nach denen 5000 Beduinen in Kerak den Muressarif, alle Zivilbeamten mit ihren Familien und die ganze Garnison niedergemehelt haben. Unter den Opfern befinden sich viele Christen.

England.

Das bisherige Wahlergebnis ist folgendes: 183 Liberale, 226 Unionisten, 32 Mitglieder der Arbeiterpartei, 56 Anhänger Redmonds und 6 Anhänger O'Briens.

Amerika.

Eine neue Flottenmeuterei ist in Brasilien ausgebrochen. Die Meuterer befanden sich auf der vor der Bat von Rio de Janeiro belegenen Insel Dascobras. In der Nacht zum Sonnabend entspann sich ein heftiger Kampf zwischen den Aufständischen und den nicht meuternden Truppen. Angeblich sind die Meuterer unterlegen. Der Belagerungszustand ist verhängt.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 12. Dezember.

Die Gewerbesteuervorlage wird am kommenden Mittwoch abend in einer großen Volksversammlung im Gewerbeschauhaus vor aller Öffentlichkeit einer kritischen Besprechung unterzogen werden. Referenten sind die Ge- nossen Stelling und Dr. Scholmer. Seit langer Zeit ist das Gewerbe Lübecks und damit die gesamte werktätige Bevölkerung unseres Freistaates von dieser volksfeindlichen und ungerechten Steuer bedroht, die der Senat einführen will, um den Beamten, ganz besonders den oberen Beamten, Gehaltszulagen zu bewilligen. Man scheut sich nicht, in dieser Gewerbesteuervorlage Maßnahmen vorzuschlagen, welche die Genossenschaften der Arbeiter auf das schwerste treffen oder sie gar vernichten sollen. Den hohen Beamten, die weder Sorge ums tägliche Brot noch Sorge um ihr Alter und ihre Hinterbliebenen kennen, höhere Ge- gälter, der um ihre Existenz schwer ringenden werktäti- gen Einwohner schafft neue Lasten! Das ist die Politik der herrschenden Kreise. Dagegen muss die Arbeiterschaft müssen die Gewerbetreibenden schärfen Protest erheben. Das soll am Mittwoch abend geschehen. Die Parole lautet deshalb: Hinein in die Volksversammlung. Niemand darf fehlen.

Ein Flugblatt, in dem die geplante Gewerbesteuer scharf kritisiert wird, wurde gestern seitens unserer Parteigenossen im ganzen Wahlkreise Lübeck verbreitet.

Datumnes Zeug schreibt das freisinnige "Tageblatt" über den Ausgang der Reichstagswahl in Labiau-Wehlau, wenn es ausführt: "Ein großer Teil der Sozialdemokraten ist für die Liberalen eingetreten, wenn auch ein geschlossenes Eintreten für Wagner nicht zu konstatieren ist." Diejenigen liberalen Zeitungen, die rechnen können, haben ohne weiteres die Tatsache konstatieren müssen, dass die Sozialdemokraten inneren Widerwillens, für den liberalen Kandidaten stimmt. Das hiesige Organ des Freisinnis sucht dagegen die Sozialdemokratie, der indirekten oder direkten Unterstützung der Konservativen zu verdächtigen, indem es behauptet, nur ein Teil ihrer Anhänger sei für den Liberalen eingetreten. Ein solcher Vorwurf ist einsfällig und lächerlich zugleich. Es wäre nur zu wünschen, dass bei Entscheidungen zwischen Reaktionären und Sozialdemokraten die Liberalen in gleicher Weise gegen die Reaktion vorgehen würden, wie das seitens unserer Genossen in Labiau-Wehlau geschehen ist.

Weihnachtsgeschenke für Kinder. Was werden wir unseren Kindern schenken? Diese Frage wird den Arbeitselement nicht allzuviel Kopfzerbrechen machen. Denn in erster Linie sind es Dinge, die die Kinder haben müssen, in der Hauptsache Wäsche, Kleidungsstücke, Winterfachen und die am Weihnachtsabend als Weihnachtsgeschenk den Weih- nachtstisch zieren. Sind mehrere Kinder vorhanden, so laufen diese Dinge schon gar hoch ins Geld und bei den knappen Mitteln im Arbeiter-Budget bleibt für weniger notwendige Geschenke gar nichts oder nur herzlich wenig übrig. Was Elternliebe aber vermag, wird sie ja alles tun, auch über das Notwendigste hinaus durch Spielwaren oder vergleichen ihren Kindern eine Freude zu machen. Wer über einen gepickten Geldbeutel verfügt, der wird seinen Kindern gewiss recht teure Geschenke kaufen. Das aber damit immer das rechte getroffen und den Kindern eine große Freude bereitet würde, wird nicht behauptet werden können, wenn ohne auf den Charakter des Kindes, sein Alter und seinen Bildungsstand Rücksicht zu nehmen, die Auswahl der Geschenke erfolgt. Was nutzt z. B. dem Kinde der kostbare Gegenstand, den es sich noch nicht einmal anzufassen getraut. Das bloße Angucken desselben tut doch wohl nicht, und die immer wiederholte mütterliche Mahnung: "Brich's ja nicht entzwey oder: So darfst du damit nicht umgehen!" verleiht dem Kinde das Spielzeug schon nach kurzer Zeit. Es weiß nicht mit ihm anzufangen, und das Spielzeug wird ihm über.

Da sind den Kindern einfache und praktische Dinge am willkommensten. Kinder müssen aus den einfachsten und preiswertesten Sachen etwas zu machen, nur müssen sie zum Anfassen und zum damit Hantieren, kurz, müssen praktisch sein. Wie leicht sich Kinder beschaffen, kann man tagtäglich beobachten. Papierknoten sind ihnen Geld, ein Stock dient ihnen als Pferd, aus Holzklötzchen bauen sie Häuser. Dieses arbeitende Spielen mit einfachen Gegenständen erweckt neue Vorstellungen, bildet die Phantasie, fördert die körperlichen Kräfte und bildet die Geisteskräfte. Derartige Geschenke, als Bautäfelchen, Werkzeugkästen und dergl. haben einen wirklichen Nutzen, sie sind also praktisch. Mit Großen nehmen ja auch praktische Sachen am liebsten; nun, die Kleinen können doch dasselbe verlangen. Bei unpraktischem Spielkram verschwindet den Eltern nur das Geld aus der Tasche und das ganz ohne einen Erfolg. Darum soll man auch die rechte Weisheit im Ankauf von Spielsachen walten lassen. — Man lasse sich auch nicht durch den äußeren Schein bestechen. Besonders gilt dies auch bei dem Ankauf von Büchern und Schriften. Zur Weihnachtszeit pflegen sich ja auf literarischem Gebiete eine recht große Zahl neuer Gäste einzustellen und fast alle haben sie ein hochzeitlich Kleid an, aber dieses muss bei manchen auch Hohlheit und Leere, wenn nicht noch Schlechtes deuten. Nicht die schöne Schale tut, sondern der rechte Kern. Man wähle nur erprobte Freunde, oder aber bei den neuesten Sachen — um nicht ungerecht gegen die neueren Schriftsteller zu sein — vertrete man am geeigneten Kategorien und kaufe nicht blindlings. Man bedenke, was Herder von dem Segen bezw. Unsegens eines Buches sagt: Ein Buch hat schon den Menschen für das ganze Leben gebildet oder — verworden. — Im Anschluss an die Weisheit der Jugend gute Bücher auf den Weihnachtsmarkt zu

legen, verwiesen wir auf die von uns veröffentlichten Jugend- schriften.

Warnen möchten wir auch noch vor der Unsitte, Kinder mit Fleissoldaten, Uniformen oder sonstigen militärischen Füllfanzerien zu bescherten. Der Massendruck für den kultur- wibigen und volkerverderbenden militärischen Geist wird schon hinreichend genug in den Schulen betrieben, die Eltern brauchen ihn nicht noch zu unterstützen.

Wir bekämpfen den Militarismus als Teilercheinung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung überhaupt. Daraus erwächst für proletarische Eltern die Pflicht, aufklärend auch schon bei den Kindern zu wirken. Dies geschieht am besten, indem Fleissoldaten oder sonstiger Füllertram nicht im Hause geduldet werden sollte.

In derselben Stelle gibt es tausendfältigen Erfolg. Das beste Geschenk ist und bleibt ein gutes Buch. Darüber sind sich Lehrer und Erzieher klar. Was aber für die Kinder der Reichen gut ist, darf für die Proletarierkinder nicht zu schlecht sein, umso mehr, da ein gezeichnetes Buch durchaus nicht teurer als sonstiger Füllertram ist. Würde an Stelle eines Buches ein anderes Stück fehlen, dann ist es nicht schade darum!

Den Titel „Nestor“ wünschen die Leiter der städtischen Mittel- und Volkschulen als Beigabe zu ihrer Gehaltszulage. Am Donnerstag soll sich auf Antrag des Senates die Bürgerschaft damit beschäftigen. Für die Einführung neuer Titel zur Befriedigung der lieben Eltern ist doch wahrhaftig kein Bedürfnis vorhanden.

Schwankende Gesundheit. Auf 1000 Einwohner und aufs Jahr berechnet starben in der Woche vom 20. bis 26. November von den Städten mit mindestens 70 000 Einwohnern nach der Volkszählung von 1905 in Aachen 13,8, Altona 15,2, Augsburg 19,7, Barmen 12,0, Berlin 14,0, Bielefeld 13,0, Bochum 16,7, Bonn 16,4, Borken 18,3, Braunschweig 14,1, Bremen 14,8, Breslau 20,0, Charlottenburg 10,7, Chemnitz 11,7, Danzig 14,8, Darmstadt 14,5, Dortmund 14,5, Dresden 13,7, Deutsch-Wilmersdorf 8,9, Duisburg 19,3, Düsseldorf 11,7, Eberfeld 13,9, Erfurt 8,4, Essen 12,3, Frankfurt a. M. 11,7, Freiburg i. B. 19,4, Flensburg —, Frankfurt a. O. —, Flüch —, Gera —, M.-Gladbach —, Gleiwitz —, Gelsenkirchen 24,2, Görlitz 20,8, Hagen 12,5, Halle a. S. 19,4, Hamburg 18,1, Hamburg 14,1, Harburg —, Hannover 11,4, Heidelberg —, Karlsruhe 12,3, Kassel 13,0, Kiel 10,2, Köln —, Königsberg i. 18,3, Kaiserslautern —, Königslutter —, Krefeld —, Koblenz —, Leipzig 11,9, Linden 10,7, Liegnitz —, Lübeck 11,9, Ludwigshafen 12,7, Magdeburg 19,3, Mainz 14,1, Mannheim —, Meck 18,6, Mühlhausen i. G. 14,0, Mühlheim a. d. R. 12,3, München 17,8, Münster 15,8, Nürnberg 13,0, Offenbach 13,2, Plauen i. B. 9,6, Posen 20,8, Reinscheid 14,8, Rigdorf 13,0, Saarbrücken 12,2, Schöneberg 9,7, Spandau 14,2, Stettin 16,2, Straßburg i. G. 12,8, Stuttgart 17,9, Wiesbaden 12,3, Würzburg 17,8, Zabrze 18,1, Zwiesel 12,2.

Die Volkskonzerte des Lübecker Lehrer-Gesangsvereins üben von Jahr zu Jahr eine immer größere Anziehungskraft aus. Und mit Recht! Wird hier doch jedem Freunde des Gesanges und insbesondere unseres Volksliedes Gelegenheit geboten, einen genügsamen Abend zu verleben. Die Freude an dem Gebotenen wird noch erhöht durch den Umstand, dass die Überschüsse dieser Veranstaltungen zur Bildung eines Fonds verwendet werden, der die Möglichkeit bieten soll, später durch größtmögliche Herauslösung des Eintrittsgeldes jedem, auch dem Minderbedarflosen, Gelegenheit zum Besuch dieser Veranstaltungen zu geben und dieser dadurch zu Volkskonzerten in des Wortes vollster Bedeutung zu gestalten. Mit dem gestrigen Konzert im Kolosseum ist der Lehrer-Gesangverein diesem Ziele ein bedeutendes Stück nähergerückt. Der Besuch war ein äußerst starker. Und die Besucher sind auf ihre volle Rechnung gekommen. Die prächtigen Lieder, die der Lehrer-Gesangverein unter der bewährten Leitung seines Dirigenten, des Herrn Rudolf Hellmrich, zum Vortrag brachte, gingen zum Herzen; sie lösten, wie nicht anders zu erwarten, den lebhaftesten Beifall aus. Als Solistin fungierte Fräulein Marianne Geyer aus Berlin, die den ständigen Besuchern dieser Veranstaltungen noch von Vorjahren her rühmlich bekannt war. Die Dame bot gestern wieder Vorzugliches. Fröhle Lieder aus alter Zeit wechselten mit lustigen Gefälligen ab. Die Vortragende begleitete sich selbst in feinsteiner Weise auf der Laute. Dass das Publikum auch hier nicht mit seinem Beifall kargte und die Sängerin wiederholt zu Zugaben veranlaste, bedarf eigentlich keiner besonderen Erwähnung. So stellte der gestrige Abend ein formidabeltes Ganzes dar. Man kann dem Lehrer-Gesangverein nur danken, dass er uns einen so genügsamen Abend verschafft hat.

Die Lübecker Vereinsbranerie hielt Donnerstag abend eine Generalversammlung ab, in der Bericht über das verflossene Betriebsjahr erstattet wurde. Danach war das Ergebnis ein sehr befriedigendes. Der Gewinn stellte sich auf 117 691,36 Mk., wovon 57 592,19 Mk. zu Abschreibungen, 16 600 Mk. für etwaige Verluste zurückgestellt wurden, sodass ein Gewinn von 43 499,17 Mk. zur Verteilung kommen kann. Die Genossenschaft erhalten daraus 6 Proz. Dividende und 8187,65 Mk. werden auf neue Rechnung vorgetragen. In dem Bericht des Vorstandes kam zum Ausdruck, dass auch für das nächste Geschäftsjahr ein befriedigendes Resultat zu erwarten ist, da der Absatz zunimmt und billige Abschlüsse beim Einkauf der Rohmaterialien erzielt worden sind.

Leben und Sterben des Hirschfängers. Der Regisseur am Stadttheater, Ernst Albrecht, hat wieder wie in den Vorjahren "Der Totenkopf und Schmalenbachmanz", eine Biologie vollendet, an der er 15 Jahre beobachtet und gesammelt hat, das Leben, Lieben und Sterben des uns allen bekannten Hirschfängers, der größte und prächtigste Löwe Deutschlands. Dieselbe ist schon deswegen von allgemeinem Interesse, weil die Beobachtung der Entwicklung bisher viele Lücken hatte. Herr Albrecht führt uns nun die Entwicklung-Stadien genau nach. Naturbeobachtungen in allen Lebensstufen vor Augen. Der Hirschfänger braucht sechs Jahre, um sich vom Ei zum Löwen zu entfalten. Schon den alten Römern ist er seinem Aussehen nach bekannt und schreibt Plinius: "Man hängt sie den Kindern als Heilmittel an den Hals". Auch war die Larve des Hirschfängers bei den alten Römern ein besonderes Leckerbissen, wie er weiter schreibt: "Die großen Tümpel, welche in den hohen Eichen leben und man Colli nennt, werden als Leckerbissen betrachtet und sogar mit Mehl gesäckt und erzielen bedeutende Entzündungen". Es sind dies die Larven des Hirschfängers gemeint. Wir sehen nun in der Biologie, wie das Weibchen die Eier an jungen Eichenzweigen ablegt, an dem es sich in die Erde einwühlt und dann ins Selbst gebrachten Grab stirbt, während das Männchen nach der Begattung erhaben und als milztumende Speise ein Opfer der Raubvögel wird. Aus dem Ei entwickelt sich die Larve, lebt im ersten Jahre von jungen Eichenzweigen und in den anderen 4 Jahren vom Eichenzweig. Im 5. Jahre fertigt sie die Larve eine kunstvolle Puppenwiege aus ihrem Speichel und Schweiz, mit Eide verziert an. Im 6. Jahre verpuppt sie sich darin und entwölft sich zum fertigen Löwen. Im Mai erscheint der Löwe nach langjähriger Fortpflanzung das Löwe der Welt. In dem er sich aus seiner

Puppenwiege an die Oberfläche der Erde emporarbeitet. Ein kurzes Leben lebt, verauslacht von dem aufstrebendem Eichenzweig, wobei erbitterte Kämpfe um die Brutzzeit finden, folgt dann. Alle diese Beobachtungen genügen nach der Natur führt uns die Biologie des Herrn Albert, wovor Auge und wir erkennen wieder bewundernd wie ungemein groß die Natur ist. Auch der Humor fehlt nicht darin, denn die Begegnung des Hirschfängers mit der Waldsau, sowie die komischen Liebesduelle erheitern uns.

Die Biologie ist in der Fülle von Drehzahl, gegenüber von Stadt-Hamburg, ausgestellt und wird gewiss wieder viele daran erinnern, dass es in der Natur Wunder gibt, die in unserer profanen haltenden Zeit wohltuend wirken und manchen an seine Kinderjahre erinnern, wo er begnügt über einen schönen Schmetterling, Käfer oder Blume, die Sorgen der Welt noch nicht kannte.

Neues Stadt-Theater. Man schreibt uns: "Infolge Erkrankung des Herrn Richard Pistori hat sich Herr Karl Grub, welcher bereits eingetroffen ist, in liebenswürdiger Weise bereit erklärt, die Partie des Vinkerton in der heutigen Montag stattfindenden Aufführung der Oper „Madame Butterfly“ zu übernehmen. — Am Dienstag findet das erste Gastspiel des Opernsängers Karl Grub als "Cannibal" in Wagners gleichnamiger Oper bei gewöhnlichen Opernpreisen statt. Am Mittwoch, abends 8 Uhr geht bei ermäßigten Mittwochspreisen außer Abonnement die große Gesangssposse „Lumpacivagabundus“ oder „Das lieberliche Kleeblaat“ von Nestroy nochmals in Szene. Für Donnerstag ist Offenbachs reizvolle Oper „Hoffmanns Erzählungen“ mit Karl Grub als Guest in der Partie des „Hoffmann“ angelegt.

Hamburg. Verhaftete Mädchenhändler. In den Auswandererhäusern wurden am Freitag auf Anzeige der Staatsanwaltschaft in Thorn der 45jährige Schafsmacher Peters Kaputa und der 55jährige Schneider Abraham Zugel, beide aus Warschau, wegen gewerbsmäßigen Mädchenhandels dingfest gemacht. In ihrer Begleitung befanden sich ein 19jähriges Mädchen und eine 22jährige Frau, mit denen sie sich auf dem Dampfer "Arcona" nach Buenos-Aires einzuschiffen gedachten. Die beiden Entführten, die beiden Schughäfen genommen wurden, um als Zeugen auftreten zu können, bestreiten vorläufig noch, die beiden Verhafteten zu kennen, sie sind aber bereits in Thorn in ihrer Begleitung gefangen worden. Kaputa soll schon drei derartige Transporte junger Mädchen nach Buenos-Aires ausgeführt haben. Zugel will an der ganzen Angelegenheit nicht beteiligt sein; er habe nach Amerika auswandern wollen, wo er bereits 21 Jahre geweilt habe.

Hamburg. Zu den Margarinevergiftungen, die in den Margarinewerken von J. H. Mohr-Ottenstein beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nahmen in einer Versammlung Stellung zu den bekannten Vergiftungsfällen und zu dem von Mohr öffentlich ausgesprochenen Verdacht, dass möglicherweise durch ein Versehen von Arbeitern am Tage der tragischen Butterung der Back-Märkte, dem 23. November, wo auch Stadtverordnetenwahl in Altona war, mangels genügender Beaufsichtigung ein schädlicher Stoff in die Margarine gelangt sein könnte. Die Versammlung der Arbeiter erhob hingegen Einпрuch und erklärte, zu der fraglichen Zeit seien fast sämtliche Vorgesetzten im Betrieb anwesend gewesen.

Neumünster. Schwerer Unglücksfall. Am Großflecken wurden Sonnabend abend die Ehefrauen Rix und Burmeister von einem durchgehenden Pferde übertritten und zu Boden geschleudert. Frau Rix erhielt einen Stoß mit der Deichsel und wurde so schwer verletzt, dass sie als bald verstarkt. Frau Burmeister hat ebenfalls erhebliche Verletzungen davongetragen, doch ist sie außer Lebensgefahr.

Kunden. Großfeuer. Gingäschert wurde in der Sonnabendnacht das Gewese des Landmanns Reinholdt in Schlichting. Das meiste Inventar konnte gerettet werden, dagegen sind Grinde und Butterporridge verbrannt.

Stade. Tödlicher Unglücksfall. Während die Landwirtheleute H. Ehlers in Helmke mit Hirschelzneiden beschäftigt waren, kam eines ihrer kleinen Kinder der Welle zu nahe, wurde erfaßt und furchtbar zugericthet. Dem kleinen Mädchen wurde bei den Umdrehungen das Kreuz und das Genick gebrochen, sodass der Tod auf der Stelle eintrat.

Bremen. Volkszählung. Nach dem vorläufigen Ergebnis der Volkszählung beträgt die Einwohnerzahl der Stadt Bremen am 1. Dezember 246 827 Personen, davon 121 326 männliche und 125 502 weibliche, gegen 214 861 am 1. Dezember 1905, das ist eine Zunahme von 31 966 Personen.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. Björnsons feindliches Lustspiel "Der junge Weinhilf" ging gestern nachmittag als zweite Vorstellung für den Arbeitersbildungverein in Szene. Das Haus war bis auf den letzten Platz besetzt von einer Zuschauerzahl, die ohne Gewerkschaft und ohne eingebildete Kunstablage verständigt die Vorgänge auf der Bühne auf sich wirken ließ. Man sollte annehmen, dass die Schauspieler, die in Lübeck so selten in der Lage sind, ihre Kunst vor einem größeren Zuschauerkreis zu entfalten, gerne die Gelegenheit benutzen würden, um vor einem so dankbaren Publikum, wie die Arbeiterschaft es ist, in dem Werke eines der größten Dichter der neuen Zeit zu zeigen.

Leider hat sich diese Annahme falsch erweisen. Wenn man genau hinsieht, das Lustspiel "Wein blüht" herunterspielt, war vielfach zum Erbarmen. Einzelne der Mitwirkenden konnten vor Lachen, das in dem Inhalt ihrer Rollen auch nicht im geringsten begründet war, kaum ihre Worte herausdringen. Tatsächlich ist Walter, die wir bisher nicht für ganz talentlos gehalten hatten, fand die Sache so lächerlich, dass sie wiederholt dem Publikum ihre Rechte ausreichte, um ungehindert ihren Gefühlen freien Lauf zu lassen. Der Arbeitersbildungverein betrachtet die Schaubühne als ein Bildungsinstitut und veranstaltet deshalb die Vorstellungen im Stadttheater. Durch dieselben sollen in die Herzen der Arbeiters Liebe und Verständnis für die Kunst eingesetzt werden, es soll nachgeholt werden, was die Schule versäumt hat. Das ist aber nur möglich, wenn die Schauspieler selbst ihre Kunst erneut nehmen. Gestern war das leider häufig nicht der Fall.

Im Stadttheater gab gestern Abend die bekannte Laienschauspielerin Käthe Gottschall ein einziges Stückspiel. Laienpoeten nennt die Dame nicht ganz mit Recht ihre geprägten und anmutigen choreographischen Kunst. Es ist Leben und Ausdruck in den leichten Bewegungen dieses artigen Frauenspiels und seiner Spieler versteckt. Gestern war das Leid der Welt.

Gera. Stadttheater. Gab gestern Abend die Stadttheater und die mit P. L. gezeichneten Theater "Bunt & Witig" für den gesamten übrigen Stadttheater. Gegen eine Stellungs-Gebühr: 2,5. Schwachs Druck Fried. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Große

VOIKS-VERSAMMLUNG

am Mittwoch, d. 14. Dezember 1910, abends 8½ Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

Die Schröpfung der werktätigen Bevölkerung Lübecks durch die geplante Gewerbesteuer.

Referenten: **Stelling und Dr. Schlomer**, Mitglieder der Bürgerschaft.

Freie Aussprache für jedermann.

Die Einwohnerschaft Lübecks, besonders die Frauen und Männer des werktätigen Volkes, werden ersucht, in dieser Versammlung massenhaft zu erscheinen, um Protest zu erheben gegen die volks- und gewerbefeindliche Steuerpolitik der herrschenden Klassen Lübecks.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins. I. A.: Paul Ludwig, Johannisstraße 40.

Konsumverein für Lübeck u. Umgegend

e. G. m. b. H.

Praktische Weihnachtsgeschenke

die jedermann willkommen sind, führen wir in

großer Auswahl

in unserem Speziallager für

Manufaktur- und Haushaltungswaren

Glandorpstraße 1

dessen Besuch wir unsern Mitgliedern angelegentlichst empfehlen.

Als Anhalt für die Reichhaltigkeit unseres dortigen Warenlagers heben wir hervor in Manufakturwaren und ähnlichem:

Normal-Unterzeuge, Strümpfe u. Strumpfängen, Sweaters, Herren-Wollwesten u. -Jäden, Handschuhe, fertige Herren-, Damen- u. Kinder-Hemden in Hemdentuch, Borchart u. Flanell, Damen- u. Kinderschürzen, Damen-Kleider u. Blumen-Stoffe, Gardinen, Wachstuch, Bettzeuge, Jollefs, Handtücher, Hemdentuch, Hemdenflanell in blau, grau und meliert, Schlafbeden, Betttücher, Nachttäden, Arbeitser-Garteröben, Herren-Wäsche, Krawatten, Schürze, Selbsttünder, Hosenträger, Schirme, Taschenläder, Portemonnaies, Schulranzel.

Puppen! Puppen!

Für den Haushalt:

Zimmerbaumwolle, Petroleum-Öfen, Kohlenfässer, von den einfachsten bis zu den feinsten Salontüpfen, Stoffen, Petroleum-Kannen, Küchenlampen, Glöckel, Teelöffel, Meier- u. Gabelfertede, Tischennmeier, Porzellan-, Glas-, Steinzeug-, Emaille- u. Holzwaren, Kaffee-, Eis- u. Wasch-Service, Waichtassen u. a. m.

Für unsere Mitglieder in Schwartau, Entin u. Sahltau führen wir eine große Anzahl der vorbenannten Waren in den dortigen Warenabgabestellen.

Sagt gefälschte Waren werden nach dem Fest bereitwilligst umgetauscht.

Der Vorstand.

Zum Weihnachtsfest

Keine alten Freuden und Güßen mein

Tabak- und Zigarren-Geschäft

„fröhliche Erinnerung“

Weihnachts-Zigarren in Kisten zu 25 Stück.

Carl Wittfoot, Hüxstr. 18.

Gefunden

hat jede Hausfrau das Rechte,
wenn sie

Malzol

(echter, ärztlich empfohl. Malzofee u. nicht Brauen) verwendet. Gesund und großer Röhrlwert zeichnen diesen Malzofee aus.
Überall erhältlich.
Betr. Haus Wiss. Tel. 2065.

2 mal täglich

erscheint die Berliner Volks-Zeitung, sie ist dadurch in der Lage, ihre Leser über alle wichtigen Begebenheiten schneller unterrichten zu können, als dies bei den täglich nur einmal erscheinenden Blättern der Fall sein kann. Die Berliner Volks-Zeitung bietet mit ihren Gratis-Beiblättern: Täglich. Unterhaltungs-Blatt (4seitig), farbiges, illustriertes

Witzblatt „Ulk“

(8seitig) und „Illustrierte Familien-Zeitung“ (16seitig) einen äußerst vielseitigen Lesesstoff.

Man abonniert bei allen Postanstalten zum Preise von 90 Pfennig monatlich.

Mehr als 60 000 Abonnenten.